

Ecker-Ehrhardt, Matthias

**Working Paper**

## Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung: Ein Vergleich ihres ideellen Vorder- und Hintergrundes

WZB Discussion Paper, No. P 02-303

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Ecker-Ehrhardt, Matthias (2002) : Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung: Ein Vergleich ihres ideellen Vorder- und Hintergrundes, WZB Discussion Paper, No. P 02-303, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49831>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**P 02 - 303**

**Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung  
– Ein Vergleich ihres ideellen  
Vorder- und Hintergrundes**

Matthias Ecker-Ehrhardt

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung**

**Arbeitsgruppe: Internationale Politik**

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 596

Fax: (030) 25 491 561

E-mail: [ecker@medea.wz-berlin.de](mailto:ecker@medea.wz-berlin.de)

Internet: <http://www.wz-berlin.de/ip>



## Zusammenfassung

Im Zentrum des Papiers steht die Frage, inwieweit wesentliche Argumente der moralisch aufgeladenen deutschen Debatte um die Osterweiterung der Europäischen Union weniger rhetorisch als tatsächlich authentisch sind. Zwei Aspekte der öffentlichen Debatte stechen besonders ins Auge: der hohe Anteil normativer Bezüge und die häufigen Referenzen auf positive oder negative Konsequenzen für die Beitrittskandidaten. Die Analyse führt die Ergebnisse zweier Studien systematisch vergleichend zusammen: Eine im Rahmen der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“ durchgeführte schriftliche Umfrage unter Mitgliedern der deutschen „Positionselite“ sowie eine bislang nicht publizierte Inhaltsanalyse von Bundestagsreden und Zeitungskommentaren zum Thema EU-Osterweiterung. Die Ergebnisse beider Studien korrespondieren insofern, als bei kaum einer der diskutierten normativen und analytischen Begründungen bzw. Einstellungen wesentliche Differenzen von sprachlichem Vordergrund und kognitivem Hintergrund zu konstatieren sind. Der häufig pauschal vorgetragene Gemeinplatz, nach dem der starke moralische Gehalt europapolitischer Debatten in Deutschland lediglich rhetorischer Zierrat sei, um „harte“ Interessen zu kaschieren, scheint somit zumindest mit Blick auf das europapolitisch zentrale Thema der Osterweiterung kaum haltbar. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse, dass der Anspruch von Verantwortung gegenüber den Beitrittskandidaten, wie er die öffentlichen Argumentationen vielfach auszeichnet, nicht immer auch im kognitiven Hintergrund vollständig nachvollzogen werden kann: Zwar werden die normativen Interpretationen etwa von historischer Schuld oder Dankbarkeit weitgehend geteilt, die daraus abzuleitende verantwortungsethische Pflicht, die Interessen des anderen tatsächlich mit einzubeziehen, scheint jedoch gerade im politischen Zentrum kaum verbreitet.

## Abstract

The paper focuses on the question of “authentic” versus “rhetoric” arguing in the German debate on the Eastern enlargement of the European Union. Two striking features of this debate are discussed: the high degree of normative grounds and the reference on positive and negative consequences for the applicant societies. For this purpose, the analysis combines insights from two separate studies: a survey on opinions of the German “positional elite” and the results of a content analysis using parliamentary speeches and newspaper editorials on the enlargement issue. Results of both studies show a remarkable degree of correspondence between the linguistic “foreground” and cognitive “background” with respect to normative and analytic aspects. The common sense belief of the pure rhetorical character of normative arguments in political debates in general, the German discourse on the Eastern enlargement in particular seems to be exaggerated. Nonetheless, the publicly claimed responsibility towards the applicant societies in the political centre seldom seems to be authentically grounded in an “ethic of responsibility” (*Verantwortungsethik*) of normative beliefs – i.e. historical guilt or gratitude – and positive expectations for those societies.



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
2. Warum Vordergrund? Warum Hintergrund? .....	2
2.1. Policy-Analyse, Ideen, Öffentlichkeit.....	2
2.2. Das Problem mit Theorie und Praxis von Diskursanalysen.....	4
2.3. Die Sprecherseite: Misrepräsentation und „cheap legitimacy“ .....	6
2.4. Die Publikumsseite: <i>silencing</i> und Schweigespirale.....	8
3. Untersuchungsdesign.....	9
3.1. Die Textanalyse des sprachlichen Vordergrundes .....	9
3.2. Die Erhebung und Analyse des Hintergrundwissens.....	12
3.3. Vergleichsstrategien.....	15
4. „Ja, aber“ - die Osterweiterung als Debattenthema.....	17
5. Normen und Narrative der Erweiterungsdebatte .....	23
5.1. Beispiel „Dankbarkeit“: Polen als Wegbereiter der Einheit .....	25
5.2. Beispiel „Haftungsverantwortung“: deutsche Kriegsschuld.....	26
5.3. Beispiel „Multilateralismus“: „Europäische Friedensordnung“ .....	28
5.4. Beispiel „Solidarität“: Von Freunden, Europäern und Deutschen.....	29
5.5. Vergleichsanalyse .....	32
6. Konsequenzen: verantwortungsethischer Gemeinschaftssinn? .....	34
6.1. Konsequenzerwartungen der Erweiterungsdebatte.....	35
6.2. Vergleichsanalyse .....	36
6.3. Soziale Identifikation als Ressource .....	41
7. Fazit .....	43
8. Literatur .....	45



## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die Analyse öffentlicher oder teil-öffentlicher Debatten als Instrument institutionalistisch informierter Policy-Analysen hat Konjunktur. Zu einem ihrer Grundprobleme gehört die empirische Plausibilisierung einer wesentlichen Annahme, nämlich, dass ideelle Faktoren wie Normen, Identitäten oder analytische Paradigmen tatsächlich für das Verständnis von Politik wesentlich sind. Ob bei der Analyse poststrukturalistischer „*national discursive spaces*“ (Waever 1994) oder eher im Stil bewegungs- bzw. organisationssoziologischer „Rahmenanalysen“ (Snow/Benford 1988, Brand et al. 1996, Gerhards et al. 1998): die Vermutung eines rhetorischen Anteils als prinzipielles Charakteristikum politischer Auseinandersetzungen macht sie anfällig für Kritik, gerade wenn der Beweis schwer fällt, „harte Interessen“ seien im spezifischen Fall nun gerade einmal nicht so erklärungskräftig wie „Ideen“ (Goldstein/Keohane 1993) bzw. „Moral“ (Hansenclever 2001). Die gängige Antwort – nicht nur im Bereich der IB-Forschung – auf dieses Problem lautet: Methodentriangulation und zwar vornehmlich durch ein um eine Ideen- bzw. Diskursanalyse ergänztes *process-tracing*, in dem der Verlauf von Entscheidungsprozessen darauf hin untersucht wird, inwieweit Akteure ihre Präferenzen in und durch Kommunikation ändern (zuletzt Schimmelfennig 2001, Checkel 2001, Risse/Ulbert 2001).

Dieses Papier diskutiert eine alternative Herangehensweise: die Kombination von Diskurs- und Einstellungsanalyse. Ich konzentriere mich dafür auf Außenpolitik als einer in Teilen abhängigen Variable öffentlicher „Deutungskämpfe“. Der gesellschaftlich bedingte Anteil von Außenpolitik erscheint mir hier im Wesentlichen als Produkt eines öffentlichen Prozesses, in dessen Rahmen sich Außenpolitik als überzeugend erweisen muss. Diese öffentlichkeitssoziologisch motivierte Diskursanalyse ist zunächst eine Textanalyse einer Auswahl der in der öffentlichen (deutschen) Debatte produzierten Beiträge. Auf dieser Ebene geht es um die Deskription zirkulierender Deutungen und der rhetorischen Strategien ihrer Erzeugung. Ich stelle einige wesentliche Normen, Konsequenzerwartungen und historische Narrative der Osterweiterungsdebatte vor, wie sie in parlamentarischen Beiträgen und Zeitungskommentaren für den Zeitraum 1989 bis 1998 zu identifizieren waren.

Die Ergebnisse der Diskursanalyse wird dann mit den Ergebnissen der „deutsch-polnischen Elitestudie“ (Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Ecker-Ehrhardt 2001) konfrontiert.

---

<sup>1</sup> Für Kritik und Anregungen danke ich Wolf-Dieter Eberwein, Dieter Rucht, Gunther Hellmann, Michael Schloms, Margret Arzt und den Teilnehmern der Tagung „Politik – Wirtschaft – Gesellschaft“ der DVPW-Sektion Internationale Politik in Arnoldshain, 22.-24. Februar 2002.



Auf der Einstellungsebene geht es dabei um das Aufdecken strategischer Verkürzungen und die mikrotheoretische Fundierung. Hier lässt sich die Frage nach den kognitiven Produktions- und Resonanzbedingungen der öffentlichen Debatte im Rekurs auf deren kognitiven „Hintergrund“ thematisieren. Es kann belegt werden, dass die stark auf Verantwortung, Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit abhebende öffentliche Debatte tatsächlich wesentliche Einstellungsstrukturen der befragten Eliten reflektiert. Allerdings erscheint der öffentlich formulierte „Gemeinschaftssinn“ nur in Maßen authentisch, obgleich die Konsequenzkalkulationen deutscher Eliten tatsächlich Tendenzen der Vergemeinschaftung mit Polen aufweisen.

## **2. Warum Vordergrund? Warum Hintergrund?**

### **2.1. Policy-Analyse, Ideen, Öffentlichkeit**

Theoretisch weisen wesentliche Ansätze der Außenpolitikanalyse, vor allem jene konstruktivistischer Provenienz, eine klare Konvergenz zu Mehrebenenmodellen auf, in denen der Einfluss von *domestic politics* besondere Beachtung findet (Putnam 1988, Hagan 1995, Bienen et al. 1999, Krahmann 2000). Die vielbetriebene Integration der Außenpolitiktheorie in eine – letztlich nur um die internationale Ebene erweiterte – Perspektive allgemeiner Policy-Analyse ist prinzipiell gut zu begründen und fußt letztlich auf der Beobachtung, dass Außenpolitik in modernen Demokratien nur noch selten als *high politics* beschrieben werden kann und in vielem – wenn auch nicht allem – den Charakter innenpolitischer Politikherstellung trägt (klassisch Allison 1971, Halperin 1974, Krause/Wilker 1978). Traditionell wird in diesem Zusammenhang die These formuliert, dass Gesellschaft immer dann eine wesentliche Rolle spielt, wenn Außenpolitik nicht als eine Folge kurzfristiger Krisenentscheidungen abläuft, die schon aus Zeit- bzw. Geheimhaltungsgründen als reine "Kabinettpolitik" auf die höchste Regierungsebene beschränkt bleibt (Etheredge 1985).

Für die westeuropäische Situation hat diesbezüglich etwa Richard Münch (1998) das Bild einer „Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie“ gezeichnet. Außenpolitik werde, so nicht nur sein Eindruck, zunehmend „aus dem Feld der Diplomatie hinter verschlossenen Türen in die Arena der Medienöffentlichkeit gezerrt“ und Europapolitik – diesem allgemeinen Trend folgend – „als Erbe der ehemals europabezogenen Außenpolitik [...] zu einem zähen Ringen einer Vielzahl von Akteuren um kleinste Vorteile auf einer Vielzahl

von Ebenen“ (Münch 1998: 20). Da massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten in westlichen Demokratien eine anerkanntermaßen zentrale Rolle im innergesellschaftlichen „Politikherstellungsprozess“ (Peters 1993) zukommt, gehören die Ergebnisse der Medienforschung mit zum Spannendsten, was über Außenpolitik gesagt werden kann und muss (etwa Kunczik 1990, Wittkämper et al. 1992, Kempf 1994, Manheim 1997, Kernell 1997, Bennett 1997).

Auf der anderen Seite versuchen konstruktivistische Ansätze in der IB-Forschung seit geraumer Zeit, die kognitive bzw. institutionelle Bedingtheit auch außenpolitischen Handelns durch die Integration soziologischer Variablen (Stichwort "Ideen") zu klären (Goldstein/Keohane 1993, Jacobsen 1995, Yee 1996, Campbell 1998, für die deutsche Diskussion exemplarisch Nullmeier/Rüb 1993, Vowe 1994, Jachtenfuchs 1995, Maier 1998). Ein wesentliches Erklärungsmuster besteht darin, dass individuelle Wissensbestände und die in Institutionen eingegangenen Erfahrungen Politik dadurch beeinflussen, dass nur eine begrenzte Auswahl möglicher Lösungen überhaupt erkannt wird. „Ideen“ erscheinen somit neben den Gelegenheitsstrukturen der innenpolitischen Arena und der internationalen Bühne als wesentliche dritte Restriktion außenpolitischen Handelns.

Außenpolitische Akteure müssen in modernen Demokratien aber Politik nicht nur vor dem eigenen Hintergrund vorhandenen Wissens erarbeiten, sie müssen ihre Vorschläge auch in der innenpolitischen Debatte argumentativ legitimieren, wie es ein öffentlichkeitssoziologisch informiertes Mehrebenenmodell ja bereits zum Gegenstand einer zeitgemäßen Außenpolitikforschung macht. Inwiefern sie dabei Unterstützung erzeugen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ihre Argumente „Resonanz“ (Gamson/Modigliani 1989) beim Publikum erzeugen, also die eigene Position im Urteil des Publikums tatsächlich legitimieren. Die analytische Relevanz einer Diskursanalyse ergibt sich hier grundsätzlich im Sinne der beschriebenen Rolle von Ideen im "Vordergrund" der Policy-Debatte, denn

"[i]n modernen Gesellschaften haben öffentliche Diskurse zentrale Bedeutung für die Legitimation oder Delegitimation von Weltbildern, Normen, Institutionen und Handlungsmustern. Das zwingt kollektive Akteure, sich je nach ihren Zielen, Interessen, strategischen oder taktischen Kalkülen, nicht zuletzt auch nach ihren Machtressourcen, in Diskurse einzuschalten" (Keller 1998: 6).

Nach gängiger Beschreibung ist dies vor allem eine Frage normativer Gültigkeit, sofern öffentliche Argumentationen im Wesentlichen den Gemeinwohlbezug politischer Präferenzen zu begründen haben (Elster 1998). Campbell (1998) hat in einem sehr instruktiven Aufsatz aus institutionalistischer Perspektive vorgeschlagen, zwischen der Rolle

von normativen Ideen "im Vordergrund" der Debatte als legitimierende Argumente und der Problematik im "Hintergrund" zu unterscheiden, also der Tatsache, dass politische Eliten in ihrem Denken durch kognitive "road maps" begrenzt werden (vgl. Schimmelfennig 2001 zu einer ähnlichen Konzeption).

Allerdings fällt hier zum einen das theoretische Verständnis von Akteuren und Publikum seltsam auseinander. Die Sprecher "confront the standard of legitimacy as an external institutional resource and constraint" (Schimmelfennig 2001: 63), sie sind also definitiv niemals aus normativen Gründen im Sinne einer „Logik der Angemessenheit“ (March/Olson 1989) motiviert, sondern orientieren sich rein strategisch am egoistischen oder auch gruppenbezogenen Nutzen eines „Überredens“. Das Publikum muss aber notwendigerweise wenigstens zu einem Teil von der Gültigkeit bestimmten normativen Wissens überzeugt sein, sonst wäre es kaum zu verstehen, wie eine Gesellschaft Legitimitätsstandards aufbauen und auf Dauer aufrechterhalten sollte. Diese Spannung lässt sich meines Erachtens nur dadurch lösen, dass man das Vorkommen von „thick socialized actors“ auf Seiten außenpolitischer Entscheider zumindest analytisch zulässt und fallweise prüft.

Zum anderen spielen kognitive Ideen auch im "Vordergrund" der außenpolitischen Debatte eine Rolle, weil die Wirksamkeit von Politik ein wesentliches Argument für deren Legitimität darstellt (Habermas 1981). Dies wird deutlich, wenn man die Dichotomie von "Vordergrund" und "Hintergrund" einer politischen Öffentlichkeit konsequent zu Ende denkt: Ideen im "Vordergrund" der Debatte haben nämlich ebenfalls nur eine Chance, Legitimität zu erzeugen, wenn sie auf einen kulturellen "Resonanzboden" beim Publikum treffen. Dieser bildet auf der Seite der Gesellschaft einen zweiten "Hintergrund" außenpolitischer Debatten, mit dem sich alleine die Konstruktion gesellschaftlicher Akzeptanz verstehen lässt. Es reicht also nicht, analytische "Ideen" allein auf Seiten politischer Eliten zu analysieren, wenn deren Tun von der Reaktion des Publikums als irgendwie abhängig gedacht wird. Denn dann muss ebenso erfasst werden, wann und warum die Legitimationsanstrengungen der politischen Eliten Erfolg haben bzw. wann und warum nicht – und zwar über alle Kategorien von Deutungen bzw. Wissen hinweg.

## **2.2. Das Problem mit Theorie und Praxis von Diskursanalysen**

Doch wie sollen außenpolitische Ideen einer empirischen Analyse zugeführt werden? Vor allem um der Rolle von Sprache und dem sozialen Charakter von Wissen Rechnung zu tragen, begibt sich die neuere Außenpolitikforschung gerne ins Fahrwasser der poststruk-

turalistischen Diskursanalyse (Shapiro et al. 1988, Waever 1994, 1998, Hellmann 1996, Campbell 1996, Weldes 1996, Laffay/Weldes 1997, Larsen 1997, Diez 1999a, b). Diskursanalysen betonen die Integration von Deutungsmustern in hegemoniale Partitionen. Akteure sind demgemäß in ein langfristig nur an den Rändern gebrochenes („dezentriertes“) Bedeutungsuniversum, den Diskurs, eingebunden, der ihr Handeln beschränkt, aufgrund seiner Fragilität aber immer Potential für „Interventionen“ marginalisierter Akteure bzw. Positionen bietet. Waever (1994) weist dementsprechend auf die wesentliche Stoßrichtung einer Analyse außenpolitischer Diskurse – "national discursive spaces" – hin: "[they] explain the directions and forms that foreign policy can take for a specific state if it is still to remain politically meaningful in its national context" (Waever 1994: 254).

Spätestens mit Blick auf die Dynamik medial vermittelter „Verhandlungsdemokratie“ zeigt sich jedoch, dass eine Theorie gesellschaftlich bedingter Außenpolitik von einer Diskurstheorie nur dann profitieren kann, wenn es dieser gelingt, auch jene politischen Strategien gesellschaftlicher Konsensproduktion zu spezifizieren, auf denen hegemoniale Diskurse und ihre Widerparts letztlich beruhen. Ein „argumentative turn“ ist mit Diskursanalysen darum nur zu machen, wenn sie handlungstheoretisch ergänzt werden und die Akteure bzw. „Diskurskoalitionen“ (Hajer 1995) nicht nur passiv konstituiert sind, sondern auch aktiv in das „Feld des Diskursiven“ eingreifen, in dem sie es schaffen – in der Sprache poststrukturalistischer Diskursanalyse – ambivalent gewordene Deutungen erneut als Diskursmomente zu fixieren (Laclau/Mouffe 1985, Torfing 1999). Doch der Akteur ist im Poststrukturalismus gelinde gesagt bettlägerig und nur auf Kosten metatheoretischer Konsistenz in der Theoriebildung „mittlerer Reichweite“ wieder zu revitalisieren. Es ist darum nur logisch, dass ein wichtiger Teil dessen, was als Diskursanalyse firmiert, weniger poststrukturalistisch als pragmatisch bzw. hermeneutisch (Toulmin 1996, Habermas 1981, bemerkenswert: Hellmann 1996 vs. 1999) oder soziolinguistisch (van Dijk/Kintsch 1983, van Dijk 1988, 1993, 1997) orientiert ist, weil Erstere gar kein analytisches Instrumentarium für die gestellte Aufgabe bereitstellt.

Mit Blick auf die *Praxis* von poststrukturalistischen Diskursanalysen ergibt sich allerdings auch ein *methodisches Problem*, dass bereits hinsichtlich des Sinns einer kombinierten Text- und Einstellungsanalyse instruktiv ist: die Zugänglichkeit relevanter Texte, die weiterführende Schlüsse auf „den Diskurs“ zulassen. Die Logik der reinen Textanalyse impliziert nämlich, dass alles, was an relevanten Deutungen existiert, auch in den zugänglichen Texten enthalten ist, bzw. der gewählte Textkorpus umfassend genug gewählt

wurde, um den Blick auf das gesamte Set vorhandener Deutungen zu ermöglichen. Ole Waeber sieht das Problem, flüchtet aber in einen gewagten Operationalismus: "if there are discursive, semiotic text structures that operate in a political space, they will show up in any text" (Waeber 1998: 115). Diese Annahme ist augenscheinlich mindestens problematisch. Öffentliche Texte sind meist das Werk mehrerer Autoren und Journalisten meist mehr als neutrale „Transmissionsriemen“. Es geht hier auch darum, dass die soziale Abgeschlossenheit von Eliten als soziale Zirkel "an und für sich" eigene Diskurspartitionen konstituieren können. In diesen mögen sich zu jenen in der breiteren Öffentlichkeit vergleichbare Deutungskonflikte abspielen. Eine blanke Isomorphiethese würde jedoch nichts anderes bedeuten, als die Möglichkeit von "Herrschaftswissen" und „Scheinkonsensen“ (s.u.) gleich ganz auszuschließen.

Während die möglichen Defizite einer reinen Textanalyse politischer und meist massenmedial-vermittelter Debatten für eine poststrukturalistische Diskursanalyse prekär bleiben, sind sie für jene, die ihre Fragen und Theoreme eher aus dem konstruktivistischen „middle ground“ (Adler 1997) rekrutieren und im Rahmen eines Mehrebenenmodells differenzieren, eher instruktiv. Gerade im Vergleich von Vorder- und Hintergrund dieser Debatten liegen zwei zentrale Fragen einer mediatisierten „Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie“ (Münch 1998): Sind die Beiträge der Sprecher „authentisch“? Sind die öffentlichen Stimmen nur Ausdruck eines hegemonialen „Scheinkonsenses“, der weniger überzeugt als „stumm macht“?

### **2.3. Die Sprecherseite: Misrepräsentation und „cheap legitimacy“**

Das wesentliche erste Problem der „Vordergründigkeit“ öffentlicher Debatten ist die *Misrepräsentation auf der Sprecherseite* – „the impartial stance of those involved in deliberation may be disguise for other motives“ (Elster 1998: 6). Der Analyse kommt hier immer demokratiethoretische Relevanz zu, weil Repräsentativität bzw. Authentizität der geäußerten Argumente in allen wesentlichen Demokratiemodellen eine zentrale Rolle spielt. Öffentlichkeit kann nämlich ihre sowohl laut liberaler (Rawls 1993, Gerhards et al. 1998) wie deliberativer Demokratiethorie (Habermas 1962, 1992, Bohman 1996, Elster 1998) wesentlichen Funktionen wie zivilgesellschaftliche Kontrolle, Informationsbeschaffung und Urteilsbildung nur nachkommen, wenn die Politik ihre tatsächlichen Gründe transparent vorführt. Für die internationale Politik gilt dieser Anspruch in besonderem Maße. Nicht nur sind die Funktionsdefizite der Medien bzw. ihre Instrumentalisierung in diesem

Bereich einschlägig (Kunczik 1990, Kempf 1994, Manheim 1997, Bennett 1997, Kernell 1997, Kriesi 2001), auch haben Globalisierung und europäische Integration die Kontrollmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik bereits erkennbar dezimiert (Held 1995, Kaiser 1996, Zürn 1998).

Für eine weiterführende Diskussion demokratischer Transparenz ist es hilfreich, auf die Zieldefinition deliberativer „Verständigung“ zurückzugreifen. Verständigung funktioniert bei Habermas als Einigung über „die beanspruchte Gültigkeit“ bzw. intersubjektive *Anerkennung* der mindestens implizit erhobenen Geltungsansprüche (Habermas 1981). Vielfach kommunizieren die Sprecher allerdings strategisch, sie bedienen sich Sprache „rhetorisch“ im Sinne einer „*absichtliche(n) Verwechslung der Seinsmodalitäten*“ (Habermas 1981, I: 444). Diese stellen dann den Tatbestand *bewusster Manipulation*, wenn mindestens einer der Beteiligten absichtlich Geltungsansprüche wie Richtigkeit, Wahrheit, Wirksamkeit oder Wahrhaftigkeit seiner Aussagen postuliert, obgleich er selbst davon ausgeht, dass dies gar nicht der Fall ist (Habermas 1981, I: 445).

Folgt man dieser Wegerichtung, gerät man ins Zentrum der aktuellen IB-Diskussion um Angemessenheit versus Konsequentialismus (March/Olson 1989, 1998), um Verhandeln, Überreden bzw. Überzeugen (Müller 1994, Risse 2000). Auch hier steht die Analyse öffentlicher Texte anerkannterweise in Gefahr, „eher die schauspielerischen Talente der Politiker als die Gründe ihres Handelns zu untersuchen“ (Kuhlmann 1999: 130), sofern sie die Relevanz unterschiedlicher Kalküle zwar thematisiert, empirisch jedoch nicht kontrollieren kann. Insbesondere bei der Diskussion von kulturellen Faktoren wie Normen und Identitäten bleibt die Frage individueller Authentizität und Wahrhaftigkeit aktuell, und zwar in einer Weise wie sie beispielsweise schon frühe Vertreter einer „psychologischen“ Außenpolitikforschung umtrieb (George 1969, Holsti 1976, Axelrod 1976). Letztlich sagt eine Analyse, die nur die Alltagserfahrung bestätigt, dass Politiker moralische Appelle formulieren, um ihr Handeln zu legitimieren, wesentlich weniger Neues als eine, die auch den zweiten Teil des Gemeinplatzes widerlegt, nämlich, dass Moral hierbei nur ein willkürlicher "hook" ist (Weingast 1995), an die man vorhandene Interessen hängt, wenn es passt, die man aber systematisch verletzt, wenn Interessen auch anders durchgesetzt werden können. Eine solche Analyse bedarf aber zwingend plausibler Informationen über das *Hintergrundwissen von Sprechern*.

## 2.4. Die Publikumsseite: *silencing* und Schweigespirale

Damit bleibt der Wert eines Vergleichs von sprachlichem Vordergrund und Hintergrundwissen noch auf eine einfache handlungstheoretische Frage verkürzt, nämlich die individuellen Bedingungen der Sprach- bzw. Textproduktion. Der soziale Prozess öffentlicher Kommunikation ist damit aber nur unzureichend erfasst. Das eine sind die Sprecher, das andere ist *das Publikum* im weiteren Sinne, also jene, die zuhören, um gegebenenfalls in einer Replik selbst zu Sprechern zu werden. Vor allem die Soziolinguistik hat sich den Bedingungen von Textverstehen als einem quasi „umgekehrten“ Prozess der Textproduktion ausführlich gewidmet (van Dijk 1977, van Dijk/Kintsch 1983). Folgt man Habermas, reicht es jedoch streng genommen nicht, Gesprochenes nur zu verstehen. Es wird für den Hörer erst „akzeptabel“ und damit zum Ausgangspunkt von „Verständigung“, wenn es seiner Ansicht nach den erhobenen Ansprüchen auch tatsächlich genügt, d.h. moralisch richtig, sachlich wahr bzw. wirksam und wahrhaftig ist.<sup>2</sup> Öffentliche Argumentationen erzeugen in diesem Sinne „Resonanz“ (Gamson/Modigliani 1989) beim Publikum, sofern die in Argumentationen hergestellten Verknüpfungen – aus analytischen bzw. normativen Regeln (Luhmann 1988, Nullmeier/Rüb 1993), historischen „story lines“ (Hajer 1995) und Situationsdeutungen im weiteren Sinne als deren „backing“ (Toulmin 1996) – dem Hintergrundwissen des Publikum entsprechen. Kenntnisse über diese Resonanzbedingungen öffentlicher Argumentationen avancieren hier zum entscheidenden Herrschaftswissen jener „rhetorical actors“, wie sie auch beispielsweise Schimmelfennig zum Ausgangspunkt seiner Analyse der EU-Erweiterungsentscheidung macht. Das rhetorische Handeln politischer Akteure, so sein Ansatz, „changes the structure of bargaining power in favor of those actors that possess and pursue preferences in line with, though not necessarily inspired by, the standard of legitimacy“ (Schimmelfennig 2001: 63).

Eingedenk eines politischen Prozessmodells mit demokratischen Sanktionsmechanismen des Publikums (Wiederwahl etc.) ist die Folge übermäßig rhetorischer Kommunikation für die Frage eines Vergleichs von Vorder- und Hintergrund öffentlicher Debatten bedeutsam: „Successful rhetorical action silences the opposition too, *without bringing about a substantive consensus on, a norm-conforming policy*“ (Schimmelfennig 2001: 65, meine Hervorhebung). Diese Erwartung folgt dem *mainstream* der Meinungsforschung insofern,

---

<sup>2</sup> Er hat laut Habermas die Aussage schließlich immerhin *verstanden*, wenn er weiß, wie die Ansprüche zu erfüllen wären, also was einen bestimmten Sprechakt akzeptabel machen würde.

als es dem Theorem der *Schweigespirale* entspricht, das als relativ gut bestätigt gilt (vgl. zusammenfassend Scheuffele/Moy 2000). Angesichts eines öffentlichen Konsenses stellt sich also vor dem Hintergrund einer solchen Forschung jeweils die Frage: Handelt es sich lediglich um einen "rhetorisch" erzeugten Scheinkonsens mit einer zum Schweigen gebrachten Opposition?

### 3. Untersuchungsdesign

Als empirisches Thema dient die Osterweiterung der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung Polens. Die Thematik erscheint gerade für die gewählte Fragestellung "ideeller" Aspekte von Außenpolitik besonders geeignet, weil sie konträre Motivinterpretationen nahe legt: Sowohl das normativ aufgeladene Sonderverhältnis Deutschlands und Polens nach dem Zweiten Weltkrieg bietet eine plausible Erklärung deutscher Positionen wie auch der Verweis auf die „deutschen Interessen“, etwa an den neuen Märkten Ost-Mitteleuropas oder an stärkerem politischen Einfluss. Schließlich sind auch auf der Seite analytischer Kausalannahmen hinsichtlich der Folgen einer Erweiterung komplexe Muster zu erwarten, weil die Europäische Integration zentrale Zielvorgaben der beteiligten Gemeinwesen umfassend tangiert: wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand, politischen Einfluss und Abgabe von Souveränität, demokratische Kontrolle etc.

#### 3.1. Die Textanalyse des sprachlichen Vordergrundes

Zentraler Untersuchungsgegenstand der Analyse sind *Begründungen verschiedener politischer Positionen zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union um Polen bzw. die ostmitteleuropäischen „Reformstaaten“ im Allgemeinen*. Als Material der Inhaltsanalyse dienen Plenardebatten und Zeitungskommentare vom Beginn der Debatte 1989 bis Ende 1998. *Parlamentsdebatten* im Sinn der in den Plenarprotokollen des Deutschen Bundestages transkribierten *Aussprachen* konstituieren sich im Wesentlichen aus Regierungserklärungen und Reden verschiedener Parlamentarier bzw. spontane Interventionen oder Zwischenfragen aus dem Plenum. Den *Aussprachen* liegen verschiedene schriftliche Texte als *Drucksachen* zugrunde, die als Beiträge zwar zur Debatte dazugerechnet werden können, aus rein praktischen Erwägungen heraus jedoch nicht systematisch Gegenstand der Inhaltsanalyse waren. Praktisch wurde zuerst eine Stichwortrecherche durchgeführt und



eine Reihe von Plenarsitzungen als möglicherweise relevant identifiziert. Dabei wurden alle Parlamentsdebatten bis Ende 1998 in die Recherche mit einbezogen, die ersten relevanten Aussagen fanden sich 1989 (BT 11/154<sup>3</sup> vom 1.9.89 anlässlich des 50. Jahrestages des Überfalls auf Polen).

*Überregionale „Qualitätszeitungen“* wie FAZ, SZ, FR, Welt oder auch die Tageszeitung erscheinen als Schnittstelle bzw. integrierendes Element außenpolitischer Spezialöffentlichkeiten, Foren des Zentrums und der anderen Massenmedien, vor allem Fernsehen und Radio (vgl. auch van Dijk 1988, Wittkämper et al. 1992, Gerhards et al. 1998). Die Analyse ihres Inhalts ist viel diskutierter Gegenstand der Bewegungs- und Mediensoziologie (van Dijk 1988, Brand et al. 1996, Gerhards et al. 1998). Der Textkorpus der Tageszeitungen zerfällt im Wesentlichen in Nachrichten und Kommentare. *Nachrichten* geben Hinweise auf Sprecher, sind also selektive Abbildungen („massenmedialer Bildschirm“) einer virtuellen Arena, in der Sprecher aller gesellschaftlichen Bereiche versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Quasi alle der dort im Falle der Erweiterungsdebatte auftretenden Sprecher sind solche des politischen Zentrums, daher wurde auf eine systematische Analyse der Nachrichten verzichtet. *Kommentare* sind selbst Beiträge von Journalisten in dieser Arena. *Sie bilden in außenpolitischen Debatten häufig die einzigen Beiträge, die der Zivilgesellschaft (als Nicht-Zentrum) zugerechnet werden können.* Darum beschränkte sich die systematische Inhaltsanalyse neben den Plenarbeiträgen auf diese Textsorte. Es wurden alle relevanten Kommentare aus den FAZ-, SZ- und Taz-Ausgaben der Jahrgänge 1989 bis 1998 recherchiert – teils auf Mikrofilm, teils als Archiv-CD-Rom. Die Beschränkung auf diese drei Zeitungen deckt sich mit der Praxis vergleichbarer Projekte (etwa Brand et al. 1996, Gerhards et al. 1998). Sie repräsentieren die wesentliche Spannweite außenpolitischer Kommentatoren, waren zugänglich und sind Grundlage der quantitativen Auszählungen in diesem Papier. Zusätzlich wurden die Kommentare der „Welt“ berücksichtigt, die Erhebung aller Jahrgänge erwies sich aber forschungspraktisch als zu aufwendig. Immerhin flossen wichtige Artikel der Jahrgänge 1989 bis 1991 sowie der Jahrgänge 1995 bis 1998 in den qualitativen Teil der Inhaltsanalyse mit ein.

Alle identifizierten Debatten und Kommentare wurden nach erweiterungsbezogenen Aussagen durchsucht und mit Hilfe einer speziellen Software inhaltsanalytisch erschlossen. Die Erschließung orientierte sich an hermeneutischen Verfahren, die allesamt eine

---

<sup>3</sup> Die Protokolle des Deutschen Bundestages werden im Folgenden als „BT“ plus Archivnummer zitiert, wobei in diesem Fall wie üblich „11/154“ auf die 154. Plenardebatte der 11. Legislaturperiode verweist.

gewisse Konvergenz hinsichtlich bestimmter Regeln wie „Nähe am Text“ aufweisen, und das Kodieren in Phasen des „offenen“, induktiven Auffindens relevanter Textpassagen und der „axialen“ Ausarbeitung nach analytisch-deduktiven Gesichtspunkten, die aber notwendigerweise bereits in den Prozess des vermeintlich „offenen“ Kodierens eingehen (Strauss/Corbin 1996). Praktisch bilden zunächst im weiteren Sinne erweiterungsbezogene Aussagen die *Kodiereinheiten* der Textanalyse. Sie sind das Definitionskriterium „*texttragender Stellen*“ als *Kontexteinheit*, deren Markierung das Ziel der ersten Phase der Textanalyse war.<sup>4</sup>

Der abschließende Kodierdurchlauf hatte schließlich zur Aufgabe, komplexe Begründungen jeweils als ein argumentatives System von „*Erweiterungsargumentationen*“ kenntlich zu machen, also verschiedene Norm-, Narrativ-, Konsequenz- und Paradigmenkodierungen den ebenfalls differenziert kodierten Erweiterungspräferenzen als Gründe eindeutig zuzuordnen. Den Begriff der Argumentation entlehne ich bei Toulmin (1996: 88-98): Nach Toulmin ist zum einen die Unterscheidung zwischen der Behauptung, deren Gültigkeit begründet werden soll, und dem eigentlichen Grund wesentlich. In seiner idealtypischen Form lautet ein Argument also immer „X ist (Behauptung); dies ist so, weil Y (Grund)“. Gründe zerfallen nun bei Toulmin im Wesentlichen in die *explizit formulierten Daten* und die *impliziten Regeln*, die eine bestimmte Behauptung als wahrscheinliche Folge einer beschriebenen Situation erscheinen lassen.<sup>5</sup> Mit Habermas lässt sich der Fokus Toulmins auf die Deskription analytischer Regeln durch weitere, für politische Sprache wichtige Regeln wie Normen öffnen. Schließlich sind immer wieder weitere *Evidenzen* zu beschreiben, die zur Stützung von Daten und Regeln eingeführt werden. Auch diese stellen für die empirische Analyse eine wichtige Kategorie inhaltanalytisch zu erschließender Anteile politischer Debatten dar.

---

<sup>4</sup> Eine texttragende Stelle ist in meinem Sprachgebrauch ein zusammenhängender Textausschnitt, der relevante Aussagen enthält, wobei diese Aussagen anfangs über das lediglich grob umrissene Thema, später jedoch über das sich entwickelnde Kategorienschema identifiziert werden. Dies bedeutet, dass im Laufe der Analyse bestimmte Markierungen wieder gelöscht werden, andere Passagen dagegen im Lichte erkannter Argumentationen erst als solche „texttragenden Stellen“ erkennbar werden.

<sup>5</sup> Als Beispiel verwendet Toulmin die Behauptung „Harry hat die britische Staatsbürgerschaft“. Diese Behauptung lässt sich über das Datum begründen „Harry wurde auf den Bermudas geboren“, aber nur sofern die Schlussregel „Wer auf den Bermudas geboren wurde, bekommt die britische Staatsangehörigkeit“ implizite hinzugenommen und akzeptiert wird. Wird dieses Argument bestritten, so etwa, indem die implizit behauptete Wahrheit der Daten (Geburtsort Harrys) oder der Schlussregel (Staatsangehörigkeit nach Geburtsort) zum Gegenstand kontrovers aufgegriffen und problematisiert wird. In diesem Fall ist das Argument durch weitere *Evidenzen* zu stützen, etwa der Verweis auf die genaue Geschichte der Familie Harrys bzw. die Struktur und Auslegung des Staatsbürgerschaftsrecht in der juristischen Diskussion.

Die identifizierten Erweiterungsargumentationen sind die „Fälle“ eines Datensatzes, der nun auch quantitativen Strategien der Typisierung bzw. Varianzanalyse zugrunde gelegt werden kann. Deren Ergebnisse sind allerdings nicht Gegenstand dieses Papiers, auch wenn die relative Häufigkeit bestimmter Normen und Konsequenzen eine zum Teil wichtige Rolle beim Vergleich von Argumentationen und Hintergrundwissen spielt. Es wurden insgesamt rund 500 Texte kodiert, in denen über 900 komplexe Argumentationen „gelesen“ wurden. Sie bestehen ihrerseits aus über 2000 Kodierungen, die selbst Ergebnis wie Gegenstand des qualitativen Teils der Inhaltsanalyse darstellen.

### **3.2. Die Erhebung und Analyse des Hintergrundwissens**

Welche Möglichkeiten bietet das sozialwissenschaftliche Methodenrepertoire für die Erhebung des Hintergrundwissens von Sprechern und Publikum? Im Kontext persönlichkeitszentrierter Ansätze wurde bereits vorgeschlagen - soweit "private" Texte wie persönliche Briefe etc. nicht zugänglich sind - Interviews durchzuführen (George 1969, Holsti 1976). Eine Legion von „belief-system“-Forschern im internationalen Bereich hat sich darüber hinaus schriftlicher Umfragen bedient (etwa Deutsch 1967, Deutsch et al. 1971, Deutsch/Edinger 1973, Inglehart 1971, Axelrod 1976, Holsti/Rosenau 1984, Shapiro et al. 1988, Niedermayer/Sinnott 1995, Rattinger 1996 usw.). Da die Ergebnisse einer Umfrage zur Osterweiterungsthematik vorliegen, liegt es nah, diese mit denen der Inhaltsanalyse zu vergleichen (Ecker 1998, Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Ecker-Ehrhardt 2001). Der analytische Nutzen einer Eliteumfrage im konkreten Fall wirft mindestens zwei Fragen auf: Erstens, was misst eine Umfrage? Zweitens, was haben die Mitglieder einer „Positionselite“ mit einer öffentlichen Debatte hinsichtlich des anvisierten Personals von Sprechern und Publikum zu tun?

Grundsätzlich treten Umfragen mit dem Ziel an, Einstellungen zu messen. Im Falle einer Elitenstudie hat das eine besondere Relevanz, denn die Annahme bleibt auch hier problematisch, jene, die sonst in der Öffentlichkeit Sanktionen für abweichende Statements befürchten, wären in anonymen Umfragen bereit, vollkommen ehrlich ihre authentischen Meinungen kundzutun. Kritisieren lässt sich hier grundsätzlich, dass Eliten auch ohne unmittelbare Öffentlichkeit einem gewissen Legitimationsdruck bzgl. ihrer öffentlich vertretenen Politik unterliegen, sofern sie immer einen Rest an Zweifel an der Anonymität der Umfrage bzw. Interviews behalten. Diese Frage, bleibt prekär, reduziert aber die Ef-

fektivität von Umfragen nur teilweise, sofern eine gewisse – wenn auch nicht klar bestimmbare und individuell variierende – Differenz in Richtung „Authentizität“ bleibt.

Doch um welche „Eliten“ geht es im Falle der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“ konkret? Deren Ausgangspunkt bildet ein konstruktivistisch aktualisierter Integrationsansatz im Rekurs auf Karl W. Deutsch (ausführlich Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 17-30). Für die Konzeption einer „Integrationselite“ wurde auf das einschlägige Konzept der „Machteliten“ zurückgegriffen (Hoffmann-Lange 1992, Bürklin et al. 1997). Zur Integrationselite sind demgemäß all jene Personen zu rechnen, die über die Macht verfügen, integrationspolitische Entscheidungen von Bedeutung maßgeblich zu beeinflussen bzw. eigene transnationale Verflechtung selbst aktiv zu betreiben. Um die Mächtigen einer Gesellschaft zu erheben, wurde von uns auf die in der einschlägigen Eliteforschung gängige Idee einer „Positionselite“ zurückgegriffen, d.h. es wurden diejenigen ermittelt, die sich in führenden Positionen großer Organisationen und Institutionen befinden, etwa als Parlamentarier, Minister, Wirtschafts- und Medienunternehmer, Gewerkschaftsführer oder Vorstände von Verbänden. Dies geschieht unter der Annahme, dass „Machtausübung in komplexen Gesellschaften die Verfügungsgewalt über Ressourcen voraussetzt, die an die Einnahme formaler Führungspositionen gebunden ist“ (Hoffmann-Lange 1992: 355). Die Positionsmethode scheint angesichts knapper Forschungsressourcen der beste, weil effizienteste Weg zu sein, wie verschiedene Vergleichstudien belegen konnten (vgl. Hoffmann-Lange 1990: 166-177). Für die Umfrage wurde eine Stichprobe aus der Positionsliste der letzten großen Elitestudie in Deutschland, der sogenannten „Potsdamer Elitestudie“, gezogen.<sup>6</sup> Deren Liste umfasst 4587 Positionen, von denen für die deutsche Studie 1200 zufällig ausgewählt wurden. 437 der Angeschriebenen schickten schließlich die Fragebögen ausgefüllt zurück (Rücklaufquote 39 Prozent), wovon allerdings 37 die Chance nutzen, ihr Rückschreiben vollständig zu anonymisieren, so dass ihre Antworten keiner konkreten Position mehr zugeordnet werden können.

Von den 400 Befragten, deren Auswahlposition bekannt war, können 152 eindeutig dem politischen Zentrum zugerechnet werden, also jenem aus Regierung, politischer Verwaltung, Parlament und Parteien bestehenden Teil demokratisch verfasster Systeme, in dem politische Entscheidungen zugespitzt und gefällt werden (vgl. Peters 1993). Die restlichen Positionen verteilen sich im Wesentlichen auf die Peripherie des politischen Zent-

---

<sup>6</sup> Eine weitergehende Referenz findet sich in Ecker (1998), Eberwein/Ecker (2001) bzw. der Publikation der Potsdamer Studie selbst (Machatzke 1997).

rums, d.h. die Wirtschaft, Verbände, Medien. 33 Führungspositionen aus Justiz und Bundeswehr werden schließlich aus der weiteren Analyse ausgeschlossen.<sup>7</sup>

Die Relevanz einer Positionselite für einen Vergleich von Vorder- und Hintergrund einer außenpolitischen Debatte hängt davon ab, inwieweit Sprecher und Publikum einer Debatte diesem Personenkreis sinnvoll zugeordnet werden können. De facto muss eingeräumt werden, dass sich *Sprecher* in öffentlichen Debatten keinesfalls nur auf formale Ressourcen stützen, wie sie der Positionsansatz eigentlich fokussiert.<sup>8</sup> Wesentliche Faktoren für den Zugang zur Öffentlichkeit sind Prominenz und Prestige (Habermas 1992, Neidhardt 1994, Peters 1994). So stellt eine genauere Durchsicht der ausgewählten Position klar, dass zwar wesentliche Akteure des politischen Zentrums befragt wurden, aber gerade in dessen gesellschaftlicher Peripherie Lücken ins Auge fallen: beispielsweise fehlen relevante Experten aus der Wissenschaft, weil nicht sie, sondern ihre Vorgesetzten zur Positionselite gezählt werden. Trotzdem spielen die Sprecher des Zentrums – Regierung, Parlament, Ministerialbürokratie – im Rahmen europapolitischer Debatten eine gewichtige Rolle und werden als Positionseliten erfasst.

Auch auf der *Publikumsseite* ist die Positionselite nur ein Ausschnitt, wenn auch ein wichtiger. Außenpolitische Debatten finden in speziellen Öffentlichkeiten statt, die zwar zum Teil allgemein zugänglich sind, deren Publikum jedoch keinesfalls dem Auswahlplan allgemeiner Bevölkerungsumfragen entspricht. Es ist eine „attentive public“, die den Zugang zu Qualitätszeitungen wie der FAZ oder der SZ sucht, es sind die spezifisch Interessierten, die die Nachrichten und Kommentare zu außenpolitischen Themen verfolgen.<sup>9</sup> Die Positionselite stellt dennoch nur einen Ausschnitt des Publikums dar, denn auch die FAZ wird von deutlich mehr Menschen gelesen als jenen knapp 5000 auf der Positionsliste der

---

<sup>7</sup> Da die Antwortmuster kaum signifikante Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie aufweisen, wird darauf im Folgenden allerdings nur ausnahmsweise explizit Bezug genommen.

<sup>8</sup> Operationalisiert man Macht über die Variable „Einfluss“, so lassen sich alternative Auswahlkriterien zunächst anhand zweier Dimensionen gewinnen (vgl. Hoffmann-Lange 1990: 166), nämlich der *Art des Einflusses* einerseits und der *Einflussressourcen*, die den jeweiligen Personen zur Verfügung stehen, andererseits. Zum einen kann Einfluss dadurch unterschieden werden, dass er entweder aus der direkten Teilnahme an Entscheidungen resultiert – etwa als Abgeordneter – oder eher indirekter Natur ist. Zum anderen sind formale von informellen Einflussressourcen zu unterscheiden: Im Falle von Politikern und Unternehmern sind Einflussressourcen formaler Natur, d.h., sie resultieren aus der Position der jeweiligen Personen als institutionell legitimierte Entscheidungsträger über politische oder wirtschaftliche Ressourcen. Davon zu trennen sind informelle Ressourcen, die etwa aus der persönlichen Verbundenheit von Verwandten oder Freunden resultieren können. Bei der Ermittlung von Einfluss ergeben sich für direkten und indirekten bzw. formalen und informellen Einfluss unterschiedliche Erhebungsmethoden (Hoffmann-Lange 1992).

<sup>9</sup> Somit, so lässt sich einwenden, fokussiert die „Eurobarometer“-Forschung (Niedermayer/Sinnott 1995, Rattinger 1996) keinesfalls das tatsächliche Publikum europapolitischer Debatten.

Potsdamer Elitestudie Registrierten – auch wenn der Anteil der Leser in der Positionselite mit Sicherheit höher ist als in der Bevölkerung insgesamt. Die Elitestudie ist also wiederum maximal ein guter Hinweis auf was in einer „attentive public“ gedacht wird, keinesfalls jedoch bietet sie einen „repräsentativen Querschnitt“ des Publikums.

### 3.3. Vergleichsstrategien

Schließlich bleibt zu fragen, inwieweit die Verteilung von Antworten aus einer Umfrage überhaupt mit den Ergebnissen einer qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse in Beziehung zu setzen ist. Welche erfragten Äpfel sind verkappte öffentliche Birnen? Zwei Strategien stelle ich in diesem Papier zur Diskussion.

*Der Vergleich absoluter bzw. relativer Häufigkeiten.* Wie verbreitet sind Einstellungen, an die wesentliche Argumente der Debatte anzuschließen versuchen bzw. deren Gültigkeit Argumente behaupten? *Vorder- und Hintergrund der Debatte decken sich im Wesentlichen*, so die Annahme, sofern (a) Akteure um die Resonanzbedingungen wissen (etwa aufgrund kognitiver Prozesse<sup>10</sup> oder aus Erfahrung) bzw. (b) sich langfristig bestimmte Argumentationsstrukturen durchsetzen und eine hegemoniale Stellung erreichen. Grundsätzlich lässt sich davon ausgehen, dass Sprecher in der Debatte ein gutes Gespür für relevantes normatives und analytisches Wissen des Publikums haben sollten – schließlich handelt es sich hierbei um ein wesentliches Rekrutierungskriterium in entsprechenden Position. Davon abgesehen kann jedoch die These formuliert und getestet werden, dass der unterschiedliche Erfolg von Argumentationen und ihrer Protagonisten – beider im Sinne einer „Karriere“ im Verlauf der Debatte – mit der positiven oder negativen Resonanz systematisch zusammenhängen sollten. Allerdings tauchen hier zwei Probleme auf: Erstens setzt dies streng genommen voraus, dass Vor- und Hintergrund über einen längeren Zeitraum erhoben werden. Querschnittstudien, die auf einzelnen Umfragen basieren, sind für einen derartigen Vergleich prinzipiell von nur eingeschränktem Wert. Zweitens tritt das Problem auf, dass Antwortverteilungen tendenziell arbiträr sind, sofern kleinere Reformulierungen das Antwortverhalten stark beeinflussen können. Einstellungen über die Zeit zu beobachten, ist eine prominente Strategie, dieses Kardinalproblem von Einstellungsumfragen zu beheben, doch dies ist mit der einmaligen Elitestudie genau nicht möglich.

---

<sup>10</sup> Vgl. etwa die Forschung zum „Truly False Consensus Effect“ (etwa Krueger 1996).

*Der Vergleich von Assoziationen.* Die Analyse kognitiver Verknüpfungen ist das Steckenpferd der Einstellungsforschung im weiteren Sinne – sei es als „belief system“-Forschung unter dem Stichwort „political sophistication“ (Luskin 1987) oder als „cognitive psychology“ unter dem Begriff „schemata“ (Sniderman et al. 1991, Kuklinski et al. 1991).<sup>11</sup> Zwar wird die Frage kontrovers diskutiert, inwieweit auf Aggregatebene ermittelte Kovarianzen tatsächlich die individuelle Assoziation von Kognitionen messen können (etwa Luskin 1987). Ein Teil gerade dieser Einwände fällt jedoch weg, sofern die *intersubjektive Natur von Deutungen* als wesentlich erachtet wird. Was bleibt, sind methodische Probleme, wie die Tatsache, dass gängige Assoziationsmaße nur dort messen können, wo Merkmale tatsächlich variieren. Eine perfekte Assoziation im Sinne der theoretischen Formulierungen kann jedoch auch und gerade da vorliegen, wo eine solche Variation bereits aufgrund erfolgreichen Überzeugens oder Lernens verschwunden ist.<sup>12</sup> Aber: Ist ein Rest von Varianz erhalten – und er ist es im Falle der Osterweiterung – können entsprechende Zusammenhänge darüber Aufschluss geben, ob jene, die bestimmte Überzeugungen hinsichtlich normativer Verpflichtungen oder zu erwartender Konsequenzen teilen, tatsächlich auch tendenziell positiver zur Osterweiterung stehen oder nicht.

Diese Strategie erweist sich bei genauerem Hinsehen in ihrer Logik als theoretisch durchaus angemessen, denn auch die Analyse öffentlicher Kommunikation läuft streng genommen immer als Assoziationsanalyse: Gründe wie Normen oder Konsequenzen werden in Argumentationen mit Präferenzen auf der Mikro- wie Makroebene von Texten (van Dijk 1977) assoziiert – die Diskursanalyse spricht hier meist von *articulation* – und es sind genau diese Beobachtungen gehäufte Assoziationen bzw. Assoziierungshandlungen, die der Diskursanalyse als empirische Analysestrategie aufgegeben sind. Für den kognitiven Hintergrund stellt sich entsprechend die Frage, ob diese Artikulationsversuche auch Erfolg haben: Welche Argumentationen gibt es bzw. aus welchen Präferenzen, Regeln, Bedingungen und Evidenzen bestehen sie? Wie sind die entsprechenden Elemente – also Präfe-

---

<sup>11</sup> Eine andere Kritik kann hier nicht ausgeführt werden, bleibt aber bedenkenswert: Unter anderem Laffay und Weldes (1997) haben eindringlich darauf hingewiesen, dass die Bedeutung des Ideen-Begriffs in der einschlägigen Diskussion auf problematische Weise zwischen der Bedeutung als kognitive, eher einstellungspsychologisch bestimmte "Überzeugung" (belief) und einer nicht näher bestimmten Version als objektivierte Gut (commodity) oszilliert. In letzterem Sinne haben Akteure instrumentellen Zugriff auf Ideen, die sie als Mittel in gesellschaftlichen Debatten mehr oder weniger geschickt einsetzen, um politische Unterstützung zu gewinnen. Eine solche Objektivität ist dem Einstellungsbegriff allerdings in der Tat eher fremd (Aijzen 1988, kritisch Billig 1987, 1991, Edwards/Potter 1992).

<sup>12</sup> Beispiel: Wenn alle für eine Erweiterung sind, kann kein Vergleich mit anderen Aspekten wie Normen oder Konsequenzerwartungen mehr die These stützen, dass es diese Aspekte waren, die einen solchen Konsens bewirkt haben.

renzen mit Normen, Konsequenzerwartungen oder Gemeinschaftsdefinitionen – kognitiv verknüpft? Erweisen sie sich entsprechend auch als psychologisch relevante Haltungen, deren individuelle Akzeptanz Argumenten Sinn und Gültigkeit gibt?

Bestehen empirisch Zusammenhänge, wird meines Erachtens die These gestützt, dass

- (a) zirkulierende Argumentationen irgendwann einmal „überzeugt“ haben bzw. nun als „stichhaltig“ vom Publikum angenommen werden (Resonanz), sowie
- (b) ein signifikanter Teil der Befragten als Sprecher „authentisch“ handelt, sofern die im Hintergrundwissen gemessenen Assoziationen in Form entsprechender Argumentationen im Vordergrund der Debatte ausformuliert werden.

Bestehen keine signifikanten Zusammenhänge, kann dies zwei Ursachen haben:

- (a) eine fehlende Varianz der Variablen – was leicht zu prüfen ist und keine weiteren substantiellen Aussagen erlaubt; bzw.
- (b) keine intersubjektive Bedeutung der untersuchten Aspekte als Gründe, weder im Sinne eines Verstehens und Akzeptierens beim Publikum noch im Sinne eines authentischen Argumentierens bei Sprechern.

#### **4. „Ja, aber“ - die Osterweiterung als Debattenthema**

Die Europäische Union hat im März 1998 offiziell den Beitrittsprozess mit zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten begonnen. Dies Ereignis bildet den formalen Startschuss für die nach wie vor anhaltenden Verhandlungen – zuerst mit nur fünf, schließlich allen Kandidaten – ist aber zugleich vorläufiger Endpunkt eines langanhaltenden Diskussionsprozesses auf der Ebene der europäischen Institutionen, zu dessen wesentlichen Wegmarken die frühen Hilfsprogramme bereits ebenso zu zählen sind wie die späteren Europaabkommen und Kommissionspläne (Vorbeitrittsstrategie, Weißbuch, Agenda 2000) bzw. die wesentlichen Orte ihrer Initiierung und Annahme: die Gipfel des Europäischen Rates, vor allem von Dublin 1990, Kopenhagen 1993, Essen 1994, Madrid 1995 und Luxemburg 1997. Arbeiten, die diesen Prozess als Teil einer Geschichtsschreibung des europäischen Integrationsprozesses recherchieren und reflektieren, sind zahlreich (vgl. zusammenfassend Friis 1998, Sedelmeier 2000, Sedelmeier/Wallace 2000, Mayhew 2000, Schimmelpfennig



2000, 2001), eine systematische Analyse der deutschen Debatte steht jedoch noch aus.<sup>13</sup> Sie kann in einem ersten Schritt an den öffentlich begründeten bzw. problematisierten Erweiterungspositionen ansetzen. An ihnen entzündeten sich auch in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik immer wieder Diskussionen, deren Beiträge sich zu einer einzigen, komplexen Formation von „Erweiterungsdebatte“ zusammendenken lassen.

Die Dynamik dieser „Erweiterungsdebatte“ lässt sich an dieser Stelle zunächst mit Hilfe dreier wesentlicher Variablen charakterisieren: ihrer absoluten Intensität, der relativen Bedeutung ihrer Themen und schließlich dem Grad, mit dem diese Themen mehr oder weniger kontrovers diskutiert werden.<sup>14</sup> Nimmt man die Anzahl der identifizierten Erweiterungsargumentationen als Kriterium, so zeigt sich eine in Kommentaren wie Parlamentsdebatten analog zu beobachtende Intensivierung um das rund Fünffache der Beiträge.<sup>15</sup> Für die Diskussion qualitativer Verschiebungen lassen sich die thematischen Bezüge der identifizierten Erweiterungsargumentationen grob kategorisieren (Abbildung 1). Eine erste, relativ klar konturierte Kategorie bilden Statements bezüglich der verschiedenen Hilfs- und Öffnungspolitiken, die auf eine Annäherung der mittel- und osteuropäischen Beitrittsaspiranten an die Union im Sinne einer mehr oder weniger ausformulierten „Vorbeitrittsstrategie“ zielen: Diese Politiken spielen zu Beginn der Debatte eine wesentliche Rolle, verlieren aber in dem Maße an Bedeutung, wie diese Annäherung bereits rea-

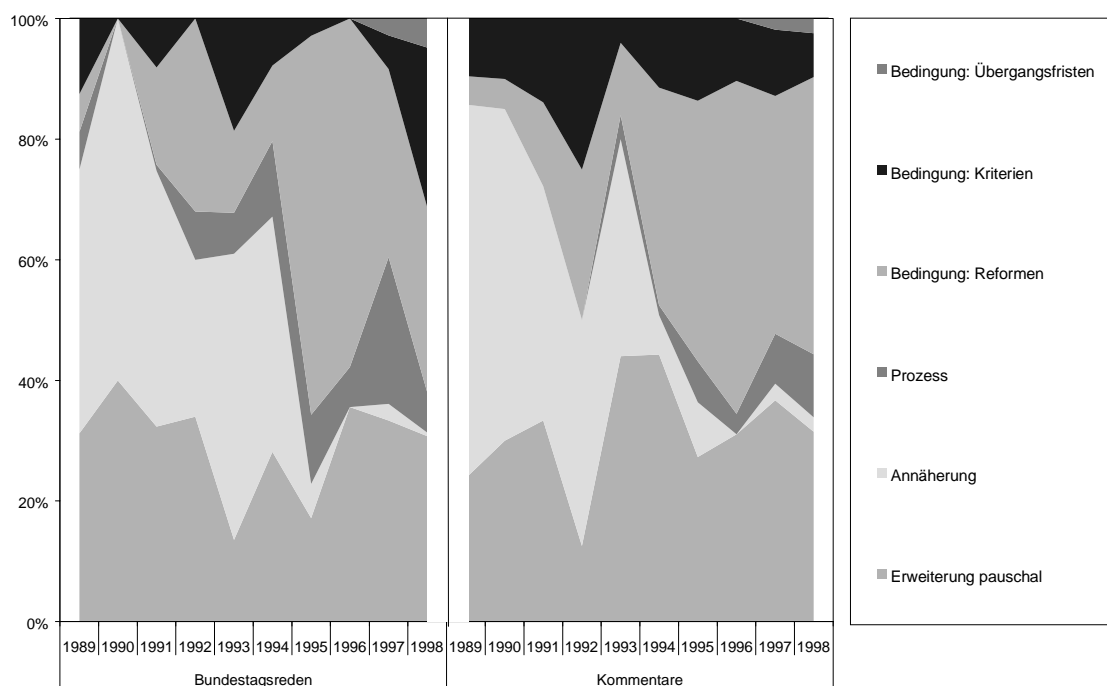
---

<sup>13</sup> Auch Hyde-Price (2000: 180-201) widmet der Osterweiterung zwar fast ein ganzes Kapitel, geht dabei jedoch nur in wenigen Passagen tatsächlich auf die deutsche Debatte ein – und dies kaum systematisch nach unterschiedlichen normativen oder konsequenzialistischen Momenten systematisierend.

<sup>14</sup> Die wesentlichen Ansatzpunkte und Ergebnisse meiner an anderer Stelle vollständig zu präsentierender Diskursanalyse können im Folgenden nur angedeutet werden. Als wesentliches Selektionskriterium gilt dabei die Verwertbarkeit für den anschließenden Vergleich mit den Einstellungsdaten. Da diese Daten jedoch nur einen Teil der für das Verständnis der Debatte wesentlichen Argumentationsmuster erfassen, kann diese Auswahl sinnvollerweise nicht immer gleichmäßig streng erfolgen.

<sup>15</sup> Diese Intensivierung verläuft zwar keinesfalls linear oder auch nur monoton, dies ist jedoch nicht das Thema dieses Beitrags. Einen ersten Höhepunkt markiert das Jahr 1991, in dem vor allem die Ratifizierung der deutsch-polnischen Verträge 1991 relativ viele Sprecher zu erweiterungsbezogenen Positionierungen veranlasst. Danach bleibt das Thema zwischen 1992 und 1996 augenscheinlich kein zentraler, aber mehr oder weniger konstanter Punkt auf der parlamentarischen Agenda, zumindest wurden jeweils rund 40 Argumentationen pro Jahr gefunden (1991: rund 80). Dagegen zeigt sich bei den Kommentaren ein weiterer Höhepunkt in 1994, der neben den anstehenden Wahlen und dem Essener Gipfel vor allem auf die Diskussion um die Norderweiterung der Europäischen Union zurückzuführen ist. Die Jahre mit den mit Abstand meisten Beiträgen zwischen 1989 und 1998 sowohl in Parlament wie Kommentaren sind jedoch die beiden letzten: 1997 und 1998 – angesichts der vielen Anlässe wie – Amsterdamer Vertrag, Agenda 2000, Luxemburger Gipfel, formale Eröffnung des Beitrittsprozesses im März 1998 und schließlich der „Krieg der Resolutionen“ Sejm-Bundestag August 1998 (vgl. Mildemberger 2001: 122-3) – kein überraschendes Ergebnis.

Abbildung 1: Relative Bedeutung (%) einzelner Erweiterungspräferenzen im Zeitverlauf



(1998 komplett, also einschließlich der Beiträge nach dem Regierungswechsel 9./10.98)

lisiert wird.<sup>16</sup> Auch Statements zum „Wie“ des Erweiterungsprozesses, d.h. verschiedenen Verfahrensmodellen und Gremien, sowie konkrete Terminzusagen sind eine relevante Größe: Sie gewinnen mehr oder weniger kontinuierlich an Bedeutung und spielen im Parlament eine deutlich größere Rolle als in den Kommentaren. Beide Themenbereiche – Annäherung und konkreter Erweiterungsprozess – bleiben im übrigen lange Zeit ohne signifikante Kontroversen. Erst ab 1997 reichen unterschiedliche Meinungen zu konkreten Beitrittsmodellen diesen Teil der Debatte signifikant mit Konfliktstoff an.

Von besonderer Bedeutung für die empirische Analyse ist aber ein anderer Typ von Erweiterungsargumentation: die große Zahl von Statements, die eine Erweiterung pauschal begründen: Ihr Anteil bleibt über den betrachteten Zeitraum relativ konstant. Auch hier bleibt die Erweiterung über die betrachtete Zeitspanne – also von dem Beginn der

<sup>16</sup> Dies ist keinesfalls selbstverständlich. In anderen politischen Debatten bleiben Entscheidungen auch dann auf der Tagesordnung, wenn die politischen Entscheidungen längst getroffen wurden und – wie etwa im Fall der Nachrüstungsdebatte (Risse-Kappen 1991) – nachträglich Kritik- und Rechtfertigungsbedarf besteht.

Debatte bis Ende 1998 – Konsens. *Explizit gegen eine Erweiterung gewendete Argumentationen sind in den betrachteten Reden und Kommentaren quasi nicht existent.*<sup>17</sup>

Bemerkenswerterweise bleibt eine wichtige Frage über den gesamten Zeitraum marginal und die entsprechende Kategorie darauf bezogener Erweiterungspräferenzen entsprechend irrelevant: der genaue Kreis potentieller Kandidaten. Meist werden „mittel- und osteuropäischen“ Kandidaten pauschal angesprochen – ggf. unter Hervorhebung einzelner Länder, deren Namen dennoch eher als Illustration eines nicht weiter präzisierten größeren Kreises daherkommen. Diese „Enddifferenzierung“ wird selten durchbrochen, etwa zu dezidiert „bilateralen“ Anlässen wie den Ratifizierungsdebatten der verschiedenen Nachbarschafts- bzw. Freundschaftsverträge mit Polen, Ungarn und der CSFR oder auch Reisen des Bundeskanzlers, ohne dass hier jedoch die Kandidatenfrage direkt thematisiert oder explizit über die Kandidatenfrage gestritten würde. Einen besonderen Platz nehmen zwar eindeutig die direkten Nachbarn ein. Gerade Polen, so wird verschiedentlich betont, bildet augenscheinlich aus deutscher Sicht das „Herzstück einer mitteleuropäischen Neuordnung“ (Frank SZ 22.9.95) und ist „europäische[r] Partner von ganz besonderem Rang“ (Brandt BT 11/176: 13337).<sup>18</sup> Gleichwohl: expliziter Gegenstand von Argumentationen wird der Status einzelner Kandidaten nur einige wenige Male. Auch wenn die politische Geographie der deutschen Debatte implizit klare Grenzen zwischen wichtigen und weniger wichtigen Kandidaten zieht, erscheint diese Fokussierung ein weiterer relativ „unproblematischer“ Konsenspunkt der deutschen Debatte.

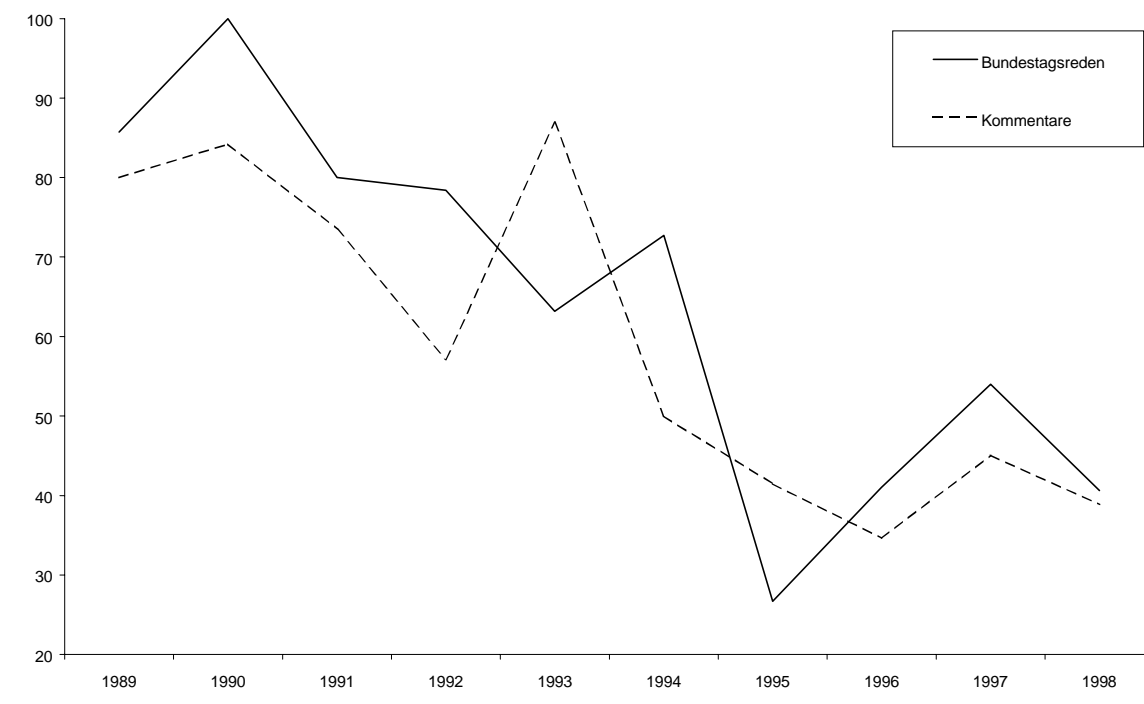
Dennoch ist die Debatte damit meines Erachtens keineswegs hinreichend als Veranstaltung zu verstehen, in der sich die wesentlichen Akteure früh auf die wesentliche Zustimmung zu einer Erweiterung verständigt haben, die sie nunmehr nur noch pausenlos rekapitulieren, um öffentliche Legitimität und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Es ist nämlich

---

<sup>17</sup> Seltene Ausnahmen bilden lediglich jene Argumentationen, die die Chancen für eine unterstützenswerte Erweiterung derart pessimistisch beschreiben, dass dies faktisch einer Ablehnung gleichkommt. Gerade solche Kommentare etwa eines Winfried Münsters aus der SZ formulieren jedoch jeweils eher resignative Klagen gegen jene, die die richtigen Umstände für eine Erweiterung nicht herstellen, und lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass der Autor eine Erweiterung grundsätzlich für wichtig hält: „Alles deutet darauf hin, daß die EU, die drei Vergrößerungsrunden noch halbwegs unbeschädigt gemeistert hat, die vierte und mit Abstand größte Runde nicht mehr heil überstehen wird. Die einen ängstigt, die anderen freut es“ (Münster SZ 26.11.97).

<sup>18</sup> Auch Ungarn und die CSFR teilen einen entsprechenden Sonderstatus, obgleich etwa die Slowakei nach dem Auseinanderfallen der CSFR den demokratischen Ansprüchen vieler Beobachter nicht mehr genügt und als „Rowdy“ (Semler TAZ 17.7.97) aus dem inneren Kreis der Kandidaten ausscheidet. Schließlich tauchen auch immer wieder auch andere Länder wie Bulgarien und Rumänien auf, im Laufe der Debatte dann auch die baltischen Republiken und schließlich Slowenien, zumindest, nachdem auch dieses auf europäischer Ebene zum offiziellen Kandidaten avanciert.

Abbildung 2: Ja-Tendenz\* im Zeitverlauf



\* Summe der kodierten „Ja“-Präferenzen (Pro-Erweiterung, Pro-Annäherung, Pro-Prozess, Contra-Bedingungen) geteilt durch die Summe der kodierten „Aber“-Präferenzen (Contra -Annäherung, Contra-Prozess, Pro-Bedingungen)

eine eindeutige Tendenz erkennbar, mit der dem mehr oder weniger pauschalen „Ja“ zunehmend ein „Aber“ hinzutritt. Gemeint sind hier jene Argumentationen, die Bedingungen einer Erweiterung und damit eine eingeschränkte – argumentationslogisch formuliert „modifizierte“ – Erweiterungspräferenz formulieren. Zum einen werden auf Seiten der Europäischen Union selbst *Reformen* angemahnt und diese Reformen immer wieder – und nur damit sind sie als Teil der hier operationalisierten Erweiterungsdebatte überhaupt zu werten – argumentativ als Bedingung einer Erweiterung in die Debatte eingeführt, denn diese macht nach immer wieder aktualisiertem Verständnis eines Gros der Akteure „sowohl veränderte Entscheidungsverfahren als auch dringende Reformen der Agrarpolitik und der Finanzierung der Europäischen Union notwendig“ (Wieczorek-Zeul BT 13/44: 3547). Zum anderen werden immer wieder *Kriterien* und *Übergangszeiten* thematisiert, die wiederum argumentationslogisch als Bedingung einer allgemeine Erweiterungspräferenz auftreten.

Da diese Bedingungen eine Erweiterung systematisch verzögern, stellen ihre Verfechter – auf europäischer wie nationaler Ebene – die eigentlichen „Bremsen“ (Schimmel-

fennig) der Debatte dar, obgleich es niemals um das „gar nicht“, sondern nur um das „jetzt und unter diesen Umständen nicht“ geht. Zu erkennen sind entsprechende Argumentationen auch daran, dass sie nicht über positive Konsequenzen von Bedingungen, sondern negative Konsequenzen ihres Außerachtlassens begründet werden. Durch diese Positionen werden die noch zu spezifizierenden „Gefahren der Erweiterung“ argumentativ und politisch aufgenommen. Ihre Integration markiert schließlich den entscheidenden Erfolg der „Bremsen“, wie er sich in der relativen Bedeutungszunahme entsprechender Argumentationen ausdrückt: Erweiterung ja, aber nur nach Reformen, wenn die Kandidaten prosperieren und ihre Aufnahme nichts mehr kostet, gegebenenfalls mit Übergangsregelungen, um den partikularen Interessen einer relevanten Gruppe Rechnung zu tragen usw. Nimmt man diese Überlegung auf, so laufen die argumentativen Antagonismen auf der Ebene der Erweiterungspräferenzen also weniger zwischen formal positiven und negativen Bezügen, sondern es stehen sich hier eigentlich jene, die eine Erweiterung eher „bedingungslos“ befürworten, gegen andere, die eine Erweiterung bzw. ihre Unterstützung einschränken. Verrechnet man diese Intensität, mit der entsprechende Ja- und Aber-Argumentationen formuliert werden, unter der Berücksichtigung ihrer jeweiligen positiven und negativen Zielrichtung (pro/contra), so ergibt sich – die zeitliche Entwicklung der Themen lässt es bereits erwarten – ein deutlicher Trend: Die Erweiterungsdebatte beginnt mit einem hohen Maß an undifferenziertem „Ja“ und endet in einem zunehmend differenzierten „Aber“ – den Bedingungen, den Kriterien, den Übergangsfristen.<sup>19</sup>

Nimmt man dies als für den Rahmen dieses Beitrages hinreichenden Ausgangsbefund, stellt sich unmittelbar die Frage nach der Authentizität, mit der allenthalben grundlegende Zustimmung zur Erweiterung formuliert wird, sofern deren Einschränkung sukzessive an Bedeutung zunimmt. Ist dies zum Zeitpunkt der Eröffnung des Beitrittsprozesses im März 1998 nur ein auf sozialen Prozessen wie der Schweigespirale und „shaming“ beruhender Scheinkonsens? Die Ergebnisse der Elitestudie sprechen zunächst dagegen: Nur knapp über 3 Prozent wenden sich zum Zeitpunkt der Befragung (März 1998) gegen eine Erweiterung um das aus deutscher Sicht so wichtige Polen, rund 12 Prozent sind immerhin noch

---

<sup>19</sup> Diese Entwicklung ist nicht nur im Aggregat der Argumentationen, also auf der Makroebene der „Erweiterungsdebatte“, zu beobachten. Auch auf individueller Ebene einzelner Sprecher ist klar und quantitativ signifikant nachzuvollziehen, dass sich eine Mehrheit der Sprecher von alternativen „Ja“- oder „Aber“-Protagonisten zu einer vermittelnden Position entwickelt, die sowohl die Zustimmung wie Bedingungen explizit formuliert und dabei sowohl positive wie negative Gründe anerkennt.

unentschieden, der Rest eher dafür (26 Prozent) oder sogar sehr dafür (59 Prozent).<sup>20</sup> Sind aber auch die herangezogenen Gründe gleichermaßen authentisch? Wie wird diese Zustimmung eigentlich im politischen Zentrum und deren „kritisch-öffentlicher“ Peripherie der Zeitungskommentatoren legitimiert? Und wie ist es um die Resonanzbedingungen dieser Gründe im psychologischen Hintergrund bestellt?

## 5. Normen und Narrative der Erweiterungsdebatte

Zu den wesentlichen Ressourcen, auf die sich eine öffentliche Begründung von Politik stützen kann, gehören soziale *Normen* und die ihre spezifische Gültigkeit im konkreten Fall belegenden *Narrative*. Bei Normen geht es zunächst um Erwartungen bzw. Standards, die Verhalten entlang vorhandener Akteurskategorien als moralisch konform oder abweichend klassifizieren; um “criteria for distinguishing right from wrong and just from unjust” (Goldstein/Keohane 1993: 9, vgl. auch Katzenstein 1996: 5, Finnemore/Sicking 1998: 891, Boekle et al. 1998). Ihre Gültigkeit als *Verhaltenserwartung* hängt zwar grundsätzlich davon ab, inwieweit sie sich auch langfristig als empirische Hypothese über tatsächliches Verhalten bewähren. Als Präskriptionen des Wünschenswerten – also nicht als Ist- sondern als Soll-Bestimmungen – besitzen Normen allerdings eine besondere Qualität, die sie von analytischen Kognitionen unterscheidbar macht: ihre kontrafaktische Gültigkeit.<sup>21</sup> Die soziale Gültigkeit von Normen – und damit ihre Effizienz als rhetorische Ressourcen – erwächst daraus, dass sie einen zugehörigen Wertekanon in die Sprache sozialer “Gebrauchsanweisungen” übersetzen. Letzte Ziele wie Freiheit oder Gerechtigkeit werden erst in ihren Formulierungen als “Friedensverantwortung” oder “Bedürftigkeitsge-

---

<sup>20</sup> Selbst Litauen oder Lettland erhalten seinerzeit Zustimmungsqoten von knapp 70 Prozent und liegen damit sogar noch vor der Slowakei, Rumänien, Bulgarien.

<sup>21</sup> Diese Qualität wird anschaulich, wenn man Normen und Kognitionen im Rekurs auf Luhmann als generalisierte Verhaltenserwartungen bzw. diskursive 'Stilisierungen enttäuschter Erwartungen' begreift (Luhmann 1988: 139). Werden enttäuschte Erwartungen selbst korrigiert, handelt es sich um einen “kognitiven Erwartungsstil”, der die Erwartungen als – nunmehr “falsches” – Sachwissen spezifizierbar macht. Werden enttäuschte Erwartungen jedoch nicht korrigiert, sondern ihre Einlösung angemahnt, handelt es sich um einen “normativen Erwartungsstil”, also Normen. Demzufolge lassen sich Texte also danach durchleuchten, inwieweit enttäuschte Erwartungen thematisiert werden und dann anhand der vorgenommenen Wertungen bzw. Interpretationen des Autors auf entweder verletzte Normen oder falsifiziertes Faktenwissen (Kognitionen) schließen lassen. Diese auf den ersten Blick trivial bis tautologisch erscheinende Überlegung Luhmanns ist in der empirischen Analyse immer dann von Wert, wenn Erwartungen formuliert werden, deren Status nicht unmittelbar klar wird.

bot“ für menschliches Handeln im Allgemeinen und Außenpolitik im Besonderen konkret genug, um wirksam zu werden. An die sprachliche Oberfläche treten Normen allerdings meist erst dann – und hierin liegt ein wesentliches Problem ihrer Analyse – wenn die moralische Richtigkeit bestimmter Handlungen kontrovers diskutiert wird. Dies geschieht idealerweise in einem “moralisch-praktischen Diskurs”, in dem sowohl “die Richtigkeit einer bestimmten Handlung mit Bezugnahme auf eine gegebene Norm wie auch, auf der nächsten Stufe, die Richtigkeit einer solchen Norm selber” (Habermas 1981, I: 447) geprüft wird. Hierbei kann eine "moralische Argumentation" allgemein als eine rhetorische Figur bezeichnet werden, bei der ein Sprecher eine bestimmte Position mit Verweis auf eine angesprochene Norm zu begründen sucht und damit seine Präferenzen über ihre vermeintliche Konsistenz mit dieser Norm legitimiert.

Normen als wesentliches Strukturelement moralischer Begründungen erkenne ich im Rahmen der Erweiterungsdebatte etwa dort, wo

- existentielle Bedürfnisse der Benefiziarer beklagt (Bedürftigkeitsprinzip),
- Dankeschulden angesprochen (prosoziale Reziprozität),
- das eigene Versagen in der Vergangenheit erinnert (Haftungsverantwortung),
- verbindende Gemeinschaftlichkeit hervorgehoben (Solidarität),
- gegebene Zusagen oder Versprechen anerkannt (Worttreue) werden.

Auch eine grundlegende Bedingung von Verantwortung, nämlich eine „Pflicht der Macht“ (Jonas 1979, Höffe 1993), ist zu identifizieren und zwar dort, wo die eigene Macht als notwendig und verpflichtend angesprochen wird. Auf den Kommunikations- bzw. Entscheidungsprozess selbst verweisen schließlich Einwürfe, die

- metakommunikative Normen wie Wahrhaftigkeit,
- Gebote kooperativ-ausgleichender Außenpolitik (Multilateralismus),
- sowie den (demokratischen) Konsens – als nationalen, europäischen, bilateralen Konsens bzw. Veto der Interessengruppen – einfordern oder feststellen.

Normen, so wie ich sie hier verstehe, sind allerdings zum Teil als Begründungen leicht anfechtbar, sofern ihre Angemessenheit in einer spezifischen Situation nicht zusätzlich geklärt ist. *Historische Narrative* nenne ich nun Erklärungen von vergangenen Ereignissen und Prozessen (vgl. auch Hajers Begriff der “story-lines”, Hajer 1995), die dieses wesentliche Kontextwissen in die Debatte einführen. Sie bilden im Falle normativer Ar-

gumentationen somit den wesentlichen Teil des notwendigen “backings” (Toulmin 1996).<sup>22</sup> Wesentliche Narrative der Osterweiterungsdebatte erzählen

- von Krieg- und Besatzungszeit und begründen u.a. Schuld,
- von der Teilung Europas („Jalta“) und begründen u.a. die Ungerechtigkeit bzw. Bedürftigkeit angesichts „40 Jahren Sozialismus“ und deren Folgen,
- von der Unterstützung beim deutschen Wiederaufbau durch Westintegration und Marshallplan und begründen u.a. Dankeschuld/Reziprozität,
- von den Visionen und Leistungen der „Väter“ (der Westintegration, der Neuen Ostpolitik) Adenauer, Ehrhardt, Brandt, Scheel als Vermächtnis,
- von den Bürgerbewegungen Mittel- und Osteuropas und der deutschen Einheit und begründen u.a. Dankeschuld/Reziprozität.

Zählen nun die öffentlich zirkulierenden Normen und Narrative in den Augen der befragten Positionselite als Gründe? Die Elitestudie erlaubt die weitergehende Analyse von mindestens vier normativen Argumentationen, deren diskursive Struktur („Norm“ plus „Narrativ“) zunächst ausführlicher beschrieben werden muss.

### 5.1. Beispiel „Dankbarkeit“: Polen als Wegbereiter der Einheit

„Dankbarkeit“ ist ein erstes, ständig wiederkehrendes Motiv der betrachteten Debatten. Es verweist auf ein spezielles Verpflichtungsverhältnis, wie es in der Sozialpsychologie unter dem Stichwort der “prosozialen Reziprozität” ausführlich diskutiert wird (Bierhoff/Klein 1992). Demgemäß erzeugt Hilfeverhalten eine Verpflichtung beim Benefiziar, sich für die genossene Prosozialität aus Dankbarkeit zu revanchieren. Dankbarkeit und soziale Reziprozität verweisen dabei auch auf die generelle Idee einer “Leistungs-” oder “Beitragsgerechtigkeit”, wie sie vor allem in der US-amerikanischen Sozialpsychologie in der Folge Homans als “Equity-Norm” viel diskutiert wird (Müller/Crott 1978). „Beitragsgerechtigkeit“ bezeichnet in diesem Zusammenhang die Vorstellung, dass jeder nach seinen Leistungen vergütet werden sollte – in positiver (Nutzen) wie negativer Hinsicht (Kosten).

---

<sup>22</sup> Historische Narrative entsprechen analytischen Theorien insofern, als sie häufig als Ursache-Wirkungs-Ketten veranschaulicht werden können. Im Gegensatz zu analytischen Theorien, handelt es sich aber im Falle von historischen Narrativen nicht um generalisierte Erwartungen (auch) zukünftiger Prozesse, sondern um zu mehr oder weniger ausführlichen Erzählungen geronnene *historisch-spezifische Erfahrung*, die – so sie erfolgreich etabliert wird – für moralische Argumentationen wesentliche Aspekte wie “historische Schuld” oder “gegebene Versprechen” als kulturell gesichertes Allgemeinwissen zur Verfügung stellt.



Sie postuliert somit Verteilungsgerechtigkeit als relative Gewinnleichheit und definiert – so sie zur Beurteilung einer Situation eingeführt wird – soziale Beziehungen als “gerechte Tauschbeziehungen”.<sup>23</sup>

Im Kontext der Osterweiterungsthematik ist eine solche Logik für eine Reihe von Argumentationen konstitutiv und tritt über eine Semantik einer “dankbaren Außenpolitik” an vielen Stellen an die sprachliche Oberfläche. Auch hier knüpft sich das Auftreten moralischer Strukturen an ganz bestimmte historische Narrative, die die Legitimität der angesprochenen Norm über ein historisch bedingtes Verpflichtungsverhältnis begründen. Von besonderer Bedeutung ist die Erzählung Polens als “Wegbereiter der Einheit”, eines der zentralen “historischen Narrative” der deutschen Debatte überhaupt. Anlässlich der Polenreise Kohls im Juli 1995 kommentiert etwa Thomas Urban in der Süddeutschen Zeitung:

“Daß es die Polen waren, die dem Ostblock von innen die entscheidenden Stöße zu seinem Zusammenbruch gegeben haben, rechnet ihnen der jetzige Kanzler Helmut Kohl hoch an. Bonn hat sich im 1991 geschlossenen Nachbarschaftsvertrag gewissermaßen aus Dankbarkeit für den polnischen Beitrag zur deutschen Einheit verpflichtet, die Integration Polens in die EU und die NATO zu unterstützen” (Urban SZ 15.7.97, vgl. auch Ludwig FAZ 11.7.95).

Die hier formulierte moralische Richtigkeit einer deutschen “Anwaltsrolle” rekurriert auf ein direktes Verpflichtungsverhältnis zwischen Deutschland und Polen. Das “Geschenk der Einheit”, wie es in der folgenden Passage heißt, begründet ein moralisches Gebot zu prosozialer Außenpolitik, das stellenweise explizit einer Logik von “Beitragsgerechtigkeit” folgt:

“Wir haben insbesondere bei der Erweiterung wegen unserer Vergangenheit und wegen des Geschenks der Wiedervereinigung, das es uns ermöglicht hat, daß der östliche Teil Deutschlands im Gegensatz zu diesen Ländern quasi automatisch mit der Wiedervereinigung der Europäischen Union und der NATO beitreten konnte, eine ganz besondere Verantwortung und auch Verpflichtung diesen Ländern gegenüber” (Kinkel BT 13/128: 11419).

## 5.2. Beispiel „Haftungsverantwortung“: deutsche Kriegsschuld

“Schuld” ist wie „Dankbarkeit“ ein in moralischen Diskursen allgemein vielgebrauchter Begriff<sup>24</sup>. Im Sinne einer historisch “geerbten” Haftungsverantwortung<sup>25</sup> verweisen

---

<sup>23</sup> “Eine Person, die mit einer anderen in Tauschbeziehungen steht, wird erwarten, daß sich die Gewinne, einer jeden proportional zu ihren Investitionen verhalten, und falls beide von dritter Seite belohnt wer-

„Schuld“ bzw. „Geschichte“ und „historisch“ im Zusammenhang mit der Osterweiterung vornehmlich auf die Schuld an Krieg und Vernichtung, denn den „Menschen in diesen Ländern [Mittel- und Osteuropas, ME] ist im deutschen Namen Schlimmes angetan worden“ (Kinkel BT 13/77: 6727). Schon im Kontext der Deutsch-Polnischen Verträge legitimiert die Bundesregierung ihre Position eines „Verzichts“ nachdrücklich als historisch begründet:

„Wir Deutsche sind uns [...] bewußt, daß der deutsch-polnische Grenzvertrag nichts aufgibt, was nicht längst vorher verloren war als Folge eines verbrecherischen Krieges und eines verbrecherischen Systems (Beifall im ganzen Hause)“ (Genscher BT 12/39: 3256).

Die ehemaligen deutschen Ostgebiete erscheinen somit im Zusammenhang des Grenzvertrags nicht als außenpolitische „Verhandlungsmasse“ – wie etwa im Motiv der „Pfandtheorie“ – sondern als Sühneopfer deutscher Schuld. In den anschließenden Debatten um eine Annäherung und Integration Polens wird „Geschichte“ solchermaßen zum Verantwortungskürzel, und Erweiterungspolitik „eine Art Wiedergutmachung an Polen, das unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten hatte“ (Ludwig FAZ 11.7.95), oder auch schlicht „Wiedergutmachung an der Geschichte“ (Kinkel BT 13/181: 22212). Dass diese „historische Verantwortung“ auch seine neue Regierung bindet, stellte Schröder bereits in seiner ersten Regierungserklärung klar:

„[...] Dieser Regierungswechsel ist auch ein Generationswechsel im Leben unserer Nation. [...] Es wäre gefährlich, dies als einen Ausstieg aus unserer historischen Verantwortung mißzuverstehen. Jede Generation hinterläßt der ihr nachkommenden Hypotheken – niemand kann sich mit der ‚Gnade‘ einer ‚späten Geburt‘ herausreden. [...] Die Bundesregierung ist sich ihrer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Polen bewußt“ (Schröder BT 14/3: 49).

---

den, daß diese dritte Instanz besagtes Verhältnis zwischen beiden respektiert“ (Homans 1968: 206, nach Müller/Crott 1978: 220).

<sup>24</sup> Moralisches Handeln wird zum einen grundsätzlich „geschuldet“, sofern es auf gesellschaftlich geteilten Standards beruht und aufgrund von Recht und Gerechtigkeit vom anderen bzw. der Gesellschaft als „Bringschuld“ eingefordert wird (Höffe 1993: 29-30). Zum anderen implizieren Vorstellungen eines „moralischen Gewissens“ stets auch individuelle Erfahrungen von Schuldgefühlen – in der sozialpsychologischen Terminologie Montadas „existentielle Schuld“ (Montada et al. 1986: 206).

<sup>25</sup> Auch bei Haftungsverantwortung geht es dabei – wie im Falle „sozialer Reziprozität“ und „Dankbarkeit“ – um Reziprozität, allerdings im Sinne einer negativ bestimmten. Reziprozität im Kontext von „Dankbarkeit“ ist positiv: Das positive „Geschenk der Einheit“ bzw. „amerikanische Solidarität“ verpflichtet zu „Hilfe“ und „Unterstützung“. Die Ungerechtigkeit liegt hier in der beitragsbezogen ungleichen Verteilung von Nutzen. Anders im Falle von Haftungsverantwortung: Hier sind Kosten in Form eines „Schadens“ entstanden, die ungerecht verteilt wurden, weil der Täter sie nicht trug, sondern sein Opfer. Seine Schuld ist damit negativ bestimmt als Haftungsverantwortung: als Pflicht, den Schaden des Opfers rückwirkend auszugleichen, es zu „entschädigen“. Dies ist eine Verpflichtung, auf die im Kontext des Osterweiterungsthemas eine Reihe von Schuld-narrativen hinführt.

### 5.3. Beispiel „Multilateralismus“: „Europäische Friedensordnung“

Als sprachliche Realisierung von “Multilateralismus” (Ruggie 1993, Duffield 1999, Baumann 2002) lassen sich u.a. all jene Bemühungen im Rahmen der Osterweiterungsdebatte verstehen, Außenpolitik über die Behauptung eines erreichten Konsenses auf der Ebene internationaler Verhandlungen zu begründen und innenpolitisch zu legitimieren – so wenn der Außenminister feststellt: ”Die Bundesregierung weiß sich [...] in grundsätzlicher Übereinstimmung mit ihren Freunden und Partnern. [...]” (Kinkel BT 13/44: 3542). Mit Blick auf die deutsche Eigenheit einer “befangenen Außenpolitik” (Hellmann 2000) weist Konsens als Leitmotiv allerdings über eine koordinierte “Politik im Einvernehmen” hinaus. Es geht in deutschen Debatten nicht nur um das koordinierte Aushandeln nationaler Interessen, wie es etwa Ruggie (1993) definiert, sondern es geht auch um die grundsätzliche Zurückhaltung und die “notwendige Behutsamkeit” (Kinkel BT 13/44: 3545) auf der einen Seite, die Ächtung schierer Machtpolitik etwa als „Erpressungsversuch des Stärkeren“ (Buntenbach BT 13/239: 22045) auf der anderen. Multilateralismus in seiner deutschen Variante versteht sich dabei stets als Gegensatz zu dem, was die Außenpolitik der Bundesrepublik seit ihren Anfängen als “konstitutiv anderes” negativ definiert: die Hitlerische Machtpolitik (Waeber 1998). Eines ihrer wesentlichen Mittel heißt europäische Integration. Direkt vor ihrem Votum für die EU-Osterweiterung erklärt Wieczorek-Zeul:

“Europäische Zusammenarbeit ist die Frucht und die Lehre aus den Erfahrungen mit Krieg und Faschismus. An dieser Überzeugung halten wir alle fest. (Beifall im ganzen Hause) Wir verteidigen sie gegen neuen Nationalismus und bürokratische Erstarrung. Oder, wie es die Geschwister Scholl 1942 gesagt haben – ich zitiere -: Der imperialistische Machtgedanke muß, von welcher Seite er auch immer kommen möge, für alle Zeiten unschädlich gemacht werden. Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird” (Wieczorek BT 13/210: 19113).

Der dem Multilateralismus häufig als distinkte Norm zur Seite gestellte “deutsche Antimilitarismus” (etwa Duffield 1999) schwimmt im Rahmen des Osterweiterungsdiskurses schließlich untrennbar mit dem zum Wert gesteigerten Instrument einer “gesamteuropäischen Friedensordnung”,<sup>26</sup>:

---

<sup>26</sup> Es ist wichtig festzuhalten, dass auch in der Osterweiterungsdebatte „Multilateralismus“ nicht nur im Sinne einer Norm zu beschreiben ist. Wie auch sonst gehört zum deutschen „Multilateralismus“ auch hier ein analytisches Paradigma, demgemäß deutsche Interessen angesichts allgegenwärtiger Vorbehalte

”Genau deshalb geht für uns der Weg zu einer europäischen Friedensordnung über die NATO hinaus, über die bedeutende Stellung der OSZE, die Erweiterung der EU usw. Die NATO-Verwandlung, die NATO-Transformation, ist ein wichtiger Bestandteil” (Lippelt 13184: 16637).

#### 5.4. Beispiel „Solidarität“: Von Freunden, Europäern und Deutschen

Bereits bei „Dankbarkeit“ und „Schuld“ geht es um ein spezifisches Verpflichtungsverhältnis, das zwar auf universellen Vorstellungen von „ausgleichender Gerechtigkeit“ gründet, jedoch Informationen über historische Vorgänge bedarf, um diese Pflichten auch zu plausibilisieren. Vielfach bedienen sich jedoch Sprecher einer anderen Strategie, um „Verantwortung“ zu begründen: Gemeinschaftlichkeit. Hierdurch wird Verantwortung als „Solidarität“ beschreibbar, d.h. als „wechselseitige Verpflichtung [von Menschen, ME], als Mitglieder von Gruppen oder Organisationen füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen“ (Rieger 1998: 586).

Im Sinne eines spezifisch deutsch-polnischen bzw. deutsch-ostmitteleuropäischen Verpflichtungsverhältnisses wird etwa stets dort argumentiert, wo Begriffe wie „*Freunde*“ oder „*Vettern*“ politische Beziehungen mit Hilfe von intersubjektiv gültigen Metaphern aus dem zwischenmenschlichen Bereich zu definieren suchen. Beide definieren Rollen, die Solidarität aus emotionaler Verbundenheit als wesentliche Normerwartungen formulieren, verweisen also auf „*mechanische Solidarität*“ in der Terminologie Durkheims. „Freundschaft“ steht dabei – gerade in Bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis – anfangs keineswegs für ein bereits erreichtes Ziel, sondern für einen schwierigen Prozess der Aussöhnung:

“Ich wünsche mir, daß nach leid- und schuldvoller Vergangenheit jetzt Freundschaft wird zwischen Polen und Deutschen” (Irmer BT 12/39: 3267).<sup>27</sup>

---

vor „deutschen Alleingängen“ am besten im Rahmen behutsamer Diplomatie in internationalen Organisationen und „im Einvernehmen“ mit allen dort vorgefundenen „Partnern“ zu betreiben sind. So meint etwa der Abgeordnete Joseph Fischer im Zusammenhang mit der Osterweiterung: „Die alte Bundesrepublik West ist doch gut mit einer Interessenpolitik gefahren, die indirekt und nicht direkter Art war. In dem Moment, in dem Deutschland eine direkte Interessenpolitik nach der Devise betreibt ‚Deutsche Interessen müssen wieder stärker durchgesetzt werden‘ - der Bundeskanzler weiß das nur zu gut -, wird das das Gegenteil von Durchsetzungsperspektive für deutsche Interessen bedeuten, weil das Mißtrauen und die Widerstände zunehmen werden“ (Fischer BT 13/241: 22199).

<sup>27</sup> Diese Aussöhnung mit langfristigem Ziel „Freundschaft“ wird bereits in Artikel 1 des häufig als „Freundschaftsvertrag“ titulierten Nachbarschaftsvertrages formuliert: „Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an. In europäischer Verantwortung werden sie

In der weiteren Entwicklung der Osterweiterungsdebatten taucht der Begriff der “Freunde” dann bereits wie selbstverständlich auf, seine Verknüpfung an ein normatives Gebot der “Solidarität unter Freunden” ist in vielen Passagen deutlich zu erkennen, etwa wenn Kinkel formuliert:

“Die Rückkehr unserer östlichen Nachbarn und Freunde nach Europa erfordert auch unsere finanzielle Solidarität.” (Kinkel BT 13/44: 3543)

In den analysierten Zeitungskommentaren – und nur dort – werden die Beitrittskandidaten und Altmitglieder der Europäischen Union auch zu Mitgliedern einer Familie stilisiert:

“Die armen Vettern im Osten werden gewiß über Jahre hinaus keine Nettozahler der EU sein. Tschechen, Polen und Ungarn klopfen an die Brüsseler Tür, um Hilfen für den Aufbau ihrer Wirtschaft zu erhalten. [...] Das Jahrhundertprojekt der EU-Erweiterung muß endlich auf solide finanzielle Fundamente gestellt werden.” (Oldag SZ 1.4.95)

“Sie haben darauf vertraut, daß die reichen Verwandten im Westen ihre Versprechen wahr machen und ihnen den Binnenmarkt öffnen würden. [...] Wer sonst als die reichen Verwandten könnte ihnen - und sich selbst - mit der Öffnung ihrer Märkte helfen?” (Hort FAZ 12.5.93)

Zugunsten “*armer Verwandter*” wird politisches Handeln zu barmherzigem Helfen, sofern Armut eine systematische Nichterfüllung basaler Bedürfnisse – also Bedürftigkeit – der Beitrittskandidaten bezeichnet. Zugunsten “*armer Verwandter*” ist dies allerdings nicht (nur) ein Gebot universaler Nächstenliebe oder Humanität, sondern wird zusätzlich als mechanisch-solidarische Pflicht unter Familienmitgliedern angesprochen.

Die Bestimmung einer solchen bereits vorgefundenen “Verwandtschaft” fällt den Sprechern der Osterweiterungsdebatten leicht, wenn sie auf eine “historische Einordnung” zurückgreifen: auf Europa (vgl. auch Fierke/Wiener 1999). Die Einheit “*Europas*” wird in deutschen Debatten häufig identitätsbezogen als Wert und Verpflichtung an sich postuliert. Es fällt auf, dass Europa dabei als Einheit präsentiert wird, deren Untergliederung in politische Untereinheiten scheinbar schon per se als “widernatürliche Spaltung” (Middel, die Welt 31.3.98) bzw. “Teilung” (etwa Kohl BT 13/5: 46) kritisierbar wird und deren “Überwindung” moralisch richtig erscheint, weil sie “dem Kontinent Europa seine historische Ausprägung” zurückgibt (Seibel BT 13/44: 3565). Dies geht stellenweise sogar bis hin zu der Behauptung “die von allen gewünschte *Wiedervereinigung* des Kontinents”

---

ihre Kräfte dafür einsetzen, den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen”

(Nonnenmacher FAZ 19.6.96, Hort FAZ 30.3.98, meine Hervorhebung) werde durch die Osterweiterung realisiert, als ob jemals eine solche Einheit im Sinne eines gemeinsamen Staatswesens bestanden hätte. Zuweilen müssen damit, auf eine topographische Bilderwelt verweisend, “Gräben” (etwa Oldag SZ 9.3.98) überwunden werden. Nicht selten wird diese “Teilung” auch durch eine Metaphorik des “Körpers” unterstützt, dessen “Wunden des kalten Krieges” durch eine Osterweiterung “geheilt” werden können (etwa Oldag SZ 6.8.97) bzw. “zusammenwachsen” (etwa Hort FAZ 12.12.94). Eine Osterweiterung gewinnt hier normative Richtigkeit durch eine Metaphorik des “organischen”, quasi natürlichen Europas, sofern die Beitrittswilligen als Teil eines schon existierenden Europas konstruiert werden, das einer politischen Einigung bereits vorgängig ist.

Hinzu kommen eine ganze Reihe von Argumentationsmomenten, die allerdings in ihrer Komplexität hier nicht ausgeführt werden können. In der von Vaclav Havel geprägten Formulierung der “Rück-” bzw. “Heimkehr nach Europa” etwa, steht “Europa” stets (auch) für das Ganze bzw. relevante Teile des ehemals westeuropäischen Institutionengefüges, besonders häufig aber als Synonym für die EU. Das Bild wird gelegentlich im Sinne Havels spezifiziert als “heim nach Europa” (Hausmann BT 13/210: 19123) und expliziert damit den klaren Gemeinschaftsbezug dieses Ausspruchs: Europa als soziale und emotional verbundene Gemeinschaft, als soziale “Heimat”. In seiner Mehrdeutigkeit bietet “Europa” – als geographische, kulturelle, soziale, historische und schließlich politische Region – die Möglichkeit, Positionen über rhetorische Wendungen zu legitimieren:

“Das demokratische und freie Polen will nach Europa. Wir unterstützen diesen Wunsch, weil Polen zu Europa gehört - wie die CSFR, wie Ungarn, aber auch wie Spanien und Frankreich. Wir begleiten Polen gerne auf dem Weg nach Europa.” (Schmidt BT 12/50: 4078)

Dieses Argument gewinnt seine Plausibilität einzig aus der rhetorischen Artikulation von “Europa” als “Europäische Gemeinschaft” mit “Europa”, als einem diffusen Begriff soziokulturell definierter “historischer Einordnung” (Hausmann BT 13/210: 19123). “Europa” wird im Rahmen der Debatten schließlich immer wieder mit einer diffusen Idee von kultureller Gemeinschaft in Beziehung gesetzt. Schon anlässlich der Ratifizierung der Deutsch-Polnischen Verträge wirft Hans-Dietrich Genscher als deutscher Außenminister diese kulturelle Gemeinsamkeit als Argument für eine Integration Polens in die europäischen Institutionen in die Waagschale:

“Das Ziel polnischer Politik ist die Rückkehr nach Europa, zu dem Polen seiner politischen Tradition und seiner Kultur nach immer gehört hat” (Genscher BT 12/39: 3257).

## 5.5. Vergleichsanalyse

Auf dieses begrenzte Set *normativer Argumentationen* entfallen immerhin rund 40 Prozent der entsprechenden Kodierungen. Sie stehen damit für nicht nur besonders prägnante, sondern auch empirisch bedeutsame Argumentationsstrukturen im sprachlichen Vordergrund der Erweiterungsdebatte. Ein Vergleich mit den Antworten der befragten Positionselite deutet darauf hin, dass sie darüber hinaus durchweg gute Resonanzbedingungen aufweisen (Tabelle 1). Zunächst einmal stimmt grundsätzlich eine deutliche Mehrheit dem Schuldargument zu. Auch das Dankbarkeitsargument findet einige Zustimmung.<sup>28</sup> Die Tatsache, dass die Antworten zu diesen Fragen statistisch signifikant mit der Intensität der Erweiterungspräferenz assoziiert sind, ist ein wesentliches Indiz für die Bedeutung der erfragten Normen. Da in der Elitestudie auch nach den richtigen Instrumenten deutscher Außenpolitik gefragt wurde, können auch die Resonanzbedingungen einer multilateralistischen Begründung der Erweiterung überprüft werden. Erwartungsgemäß hängt die Unterstützung der Erweiterung systematisch mit einer multilateralistischen Einstellung zusammen. Entsprechende Argumentationen dürften also überzeugen bzw. Zustimmung finden.

Wie steht es nun mit dem Gebot bilateraler bzw. „europäischer Solidarität“? Dass die diskutierten Kandidaten zu Europa als einer nicht nur geographisch, sondern auch kulturell definierten Region gehören, stellt fast keiner der Befragten in Abrede, ihre Definitionen lauten mindestens „am Bug“, meist jedoch „am Ural“ (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001). Die Frage nach der tatsächlichen Bedeutung von Solidarität ist damit aber erst zu einem relativ geringen Teil diskutiert. Gerade die Frage, inwieweit die Erweiterung als ein Akt „europäischer Solidarität“ gedacht und gefühlt wird, bedarf einer weitergehenden Beleuchtung des sozialpsychologischen Hintergrundes der Erweiterungsdebatte. Was eine positive Definition von Gemeinschaftssinn im Sinne eines Verbundenheitsgefühls anbelangt, ergibt die Elitebefragung, dass die Resonanzbedingungen von relativ seltenen Argumentationen hinsichtlich einer dezidiert „deutsch-polnischen“ Gemeinschaftlichkeit tat-

---

<sup>28</sup> ... obgleich das gewählte Statement insofern „überzieht“, als es die Kostenfrage gleich für irrelevant erklärt, also zwei Aspekte (methodisch nicht unproblematisch) miteinander verknüpft.

*Tabelle 1: EU-Betritt – Resonanzbedingungen normativer Argumente*

	%Zustimmung	r mit Erweiterungspräferenz
Die Deutschen haben den Polen in der Vergangenheit viel Unrecht getan; sie sollten Polens Beitrittswünsche zur EU und NATO daher als ein Zeichen der Versöhnung unterstützen.	73,5%	,26**
Als die Ersten, die sich dem Kommunismus widersetzen, verdienen die Polen die Aufnahme in EU und NATO, ganz gleich, welche Kosten der Westen dafür zu tragen hat.	46,2%	,33**
Deutschland sollte sich in der Welt politisch beteiligen ...? – durch internationale Kooperation und Organisationen.	98,2%	,16**
Wo verläuft Ihres Erachtens die Grenze der „europäischen Kultur“ im Osten? – An Oder und Neiße.	1,2%	-
Wenn Sie einmal unter „Identität“ ein Gefühl der Verbundenheit verstehen: Wie stark fühlen Sie sich verbunden ...? (Anteil der Antworten „eher stark“ und „sehr stark“)		
... mit Polen und den Polen	21,8%	,31**
... mit Europa und Europäern	66,4%	,20**

*Die fünfstufige Skala verlief von "definitiv nein" bis "definitiv ja", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "ja" zusammengefasst.*

*\*\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.*

sächlich auf eher dünn-gesäten Boden fällt. Während sich die deutsche Positionselite mehrheitlich zu einer starken affektiven Verbundenheit etwa mit den Franzosen bekennt, ist es nur eine kleine Minderheit im Falle der Polen. Nichtsdestotrotz erfasst diese Frage ein Syndrom tiefliegender Gemeinschaftlichkeit – bzw. dessen Fehlen –, das relativ hoch mit der Unterstützung der Erweiterung assoziiert ist. Bessere Resonanzbedingungen finden europabezogene Argumentationen. Ihre Häufigkeit korrespondiert mit einer verbreiteten Verbundenheit, die sich ebenso als assoziiert mit der Erweiterungspräferenz erweist.

Fasst man das Ergebnis eines Vergleichs von Vorder- und Hintergrund hinsichtlich dieser Auswahl normativer Deutungen zusammen, ist also zweierlei festzustellen: Erstens treffen die maßgeblichen Gründe auf durchweg gute Resonanzbedingungen, was das Vorhandensein notwendiger Einstellungen betrifft. Zweitens sind Normen wesentliche Korrelate relevanter Erweiterungspräferenzen. Akzeptiert man die der Analyse zugrunde liegenden Annahmen hinsichtlich der Aussagekraft ihrer Ergebnisse, ist die gängige These, Normen seien rein deklaratorischer Zierrat, unbegründet. Sofern ein signifikanter Teil der Positionselite die jeweilige Norm als Publikum für gültig hält, zwingt bzw. zwang sie die Außenpolitik im Fall der Osterweiterung langfristig in ihre normative Logik. Sofern sie



selbst einen Teil der Sprecher stellt, steht darüber hinaus zu vermuten, dass ein wesentlicher Teil der geäußerten Argumentationen authentisch ist.

## 6. Konsequenzen: verantwortungsethischer Gemeinschaftssinn?

Bei der abschließenden Analyse von konsequenzialistischen Argumentationsmustern geht es um jene Ursache-Wirkungs-Aussagen, die zur Stützung von Positionen formuliert oder angesprochen werden. Viele Autoren – im relevanten Kontext der politikwissenschaftlichen Forschung die meisten – haben die Frage des Konsequenzbezugs zum wesentlichen Gegenstand ihrer Analyse gemacht, neben Toulmin (1975) auch die Forschung in der Tradition Axelrods (1976, Shapiro et al. 1988) und empirische Medienanalysen (Kuhlmann 1999). Konsequenzrelationen verknüpfen Handlungsalternativen mit Erwartungen über Handlungsfolgen, gegebenenfalls unter Nennung bestimmter notwendiger Bedingungen.

Konsequenzen weisen als Handlungsbegründungen zudem gleich in mehrfacher Hinsicht über sich hinaus. So verweisen sie (a) auf komplexe Muster analytischen Wissens, etwa im Sinne von „CogMaps“, Theorien bzw. *Paradigmen*. Auch wenn dies eine wesentliche Fragestellung meiner eigenen Analyse an anderer Stelle darstellt, will ich aus Platzgründen darauf an dieser Stelle nur an einer, allerdings meines Erachtens entscheidenden Stelle näher eingehen. Sie verweisen darüber hinaus (b) im Zusammenhang mit normativen Begründungen auf *verantwortungsethische Argumentationen*. Erst in der Kombination mit berücksichtigten Handlungsfolgen für den Normbenefiziar, so die Annahme, wird aus moralischen Gründen tatsächlich „Verantwortung“ (Jonas 1979, Habermas 1981, Höffe 1993, Weber 1999). Diese Anteile der Debatte sind daher von besonderem Interesse, wenn es um den analytischen Status von Normen geht. „Wessen Interessen“ jeweils berücksichtigt und optimiert werden, gehört schließlich (c) im Hinblick auf sozialpsychologische Identifikationsprozesse zu den eigentlich spannenden Fragen, die verschiedene konstruktivistische Ansätze der internationalen Beziehungen unter dem Stichwort von „kollektiver Identität“ (Bloom 1990, Druckmann 1994, Wildavsky 1994, Neumann 1996, Weller 1997, Wendt 1999) bzw. „*security communities*“ (Deutsch et al. 1957, Adler/Barnett 1998, Eberwein/Ecker 2001: 17-24) der Außenpolitikanalyse aufgegeben haben.

Ich will mich diesen Fragen in zweierlei Weise nähern. Erstens soll untersucht werden, inwieweit wesentliche Konsequenzerwartungen, die als Gründe konsequenzialistischer Ar-

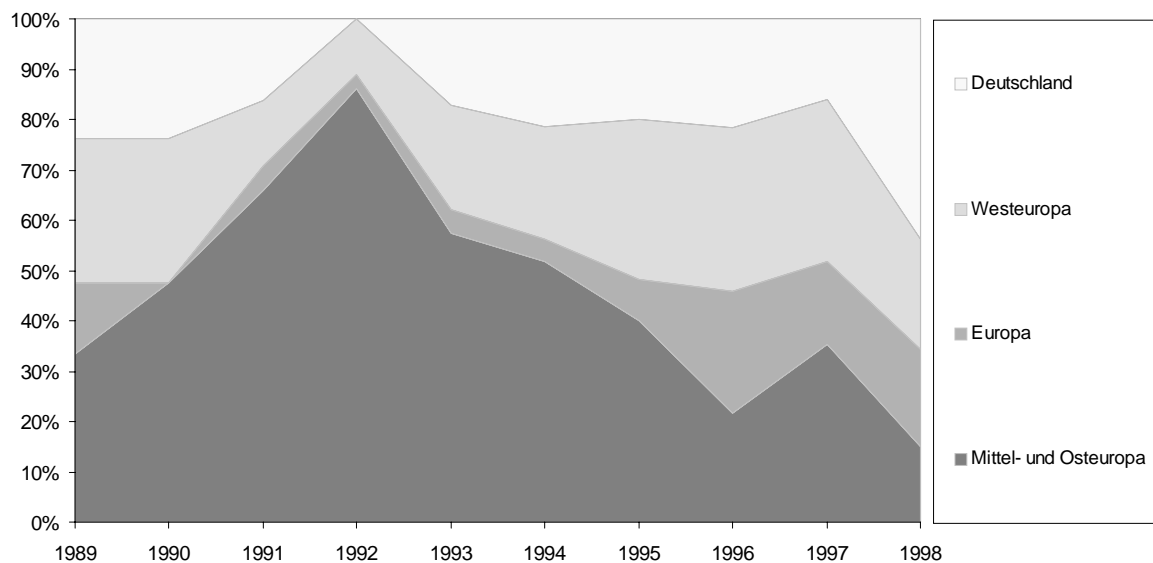
gumentationen im Vordergrund auftauchen, analog zur vorangehenden Diskussion tatsächlich Resonanz erzeugen. Es soll schließlich zweitens der Frage nachgegangen werden, inwiefern die bereits diskutierte Verbundenheit eine affektive Ressource gemeinschaftsbezogener Argumentationen darstellt.

### **6.1. Konsequenzerwartungen der Erweiterungsdebatte**

Die europäische Integration betrifft alle wesentlichen Gesellschaftsbereiche, in der öffentlichen Diskussion ihrer Konsequenzen werden darum erwartungsgemäß alle wesentlichen Ziele durchdekliniert, die politisches Handeln jeweils realisieren soll. In der Reihenfolge ihrer relativen Bedeutung (d.h. Häufigkeit ihrer Nennung) geht es im Wesentlichen um wirtschaftliche *Prosperität* der beteiligten Gesellschaft, deren *Sicherheit* bzw. *Frieden*, finanzielle *Kosten*, *Erwartungen* und Hoffnungen auf *Anerkennung*, *Freiheit* und *Demokratie*, *Stabilität*, *Wohlstand*, und schließlich auch um innere *Reformen*, ggf. als Problem von „*Sozialdumping*“. Im Hinblick auf die EU geht es schließlich auch um die Frage drohender *Unregierbarkeit*. Wenn es eine Lücke gibt, die auffällt, so ist es nur der kulturelle Bereich, für den keine „Gewinne“ angeführt werden. Angesichts dieses „diskursiven Gewimmels“ (Jäger) konsequenzialistischer Begründungen stellt sich nun zunächst die Frage nach den Gemeinschaftsbezügen, mit denen Gewinne oder Kosten verknüpft sind: Um wessen „Interessen“ geht es? Wessen Wohlfahrt legitimiert hier Politik, wessen Wohlfahrt ist in den Augen der Sprecher irrelevant?

Konzentriert man sich auf die Gemeinschaftsbezüge, so geht es in der deutschen Debatte häufig um Westeuropa oder Europa als Ganzes, häufiger aber noch um die Beitrittskandidaten selbst. Ein Blick über die zeitliche Entwicklung (Abbildung 3, nächste Seite) zeigt in etwa vier Phasen: Während zwischen 1990-93 vor allem Mittel- und Osteuropa als Benefiziar (bzw. Leidtragende) einer Erweiterung thematisiert werden, nimmt deren Bedeutung fast kontinuierlich bis 1996 ab. Im Kontext der Gipfel von Amsterdam und Luxemburg bzw. der Agenda 2000 nimmt ihre Bedeutung in einer intensiven Phase der Erweiterungsdebatte wieder zu. Ab 1998 rücken schließlich vor allem die nationalen bzw. westeuropäischen Gewinne und Kosten in den Fokus der Debatte. Der Zeitpunkt der Umfrage fällt also in eine Umbruchsphase, in der die „eigenen Interessen“ drängender und rhetorisch bedeutsamer werden.

Abbildung 3: Gemeinschaftsbezüge der ermittelten Konsequenzerwartungen (%)



## 6.2. Vergleichsanalyse

Erzeugen die Sprecher mit ihren, oftmals die Konsequenzen für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften thematisierenden, Argumentationen überhaupt Resonanz? Gibt es Hinweise für ein Übermaß rhetorischen Argumentierens? Um dies abzuschätzen, können die Ergebnisse der Elitestudie hinsichtlich Konsequenzen für Polen und Deutschland miteinander verglichen werden.

Vier der in der Elitestudie erhobenen Konsequenzerwartungen verweisen auf wichtige Argumentationen der inhaltsanalytisch erschlossenen Debattenbeiträge und sind zudem gleichermaßen verbreitet und mit der Erweiterungspräferenz statistisch verknüpft (Tabelle 2, übernächste Seite). Zwei dieser Konsequenzen lassen sich unmittelbar als "deutsche Interessen" identifizieren: die Erwartungen, die Erweiterung brächte der deutschen Wirtschaft *neue Märkte*, und jene von mehr *Sicherheit* für Deutschland. Zwei lassen sich als "polnische Interessen" auffassen, und zwar die polnischen Hoffnungen auf *Anerkennung* mit Blick auf ihre westeuropäischen Nachbarn und schließlich auf politische *Unabhängig-*

keit mit Blick auf Russland. Alle vier sind in der gewählten oder einer ähnlichen Formulierung in der Debatte als PRO-Argumente verbreitet und erwartungsgemäß auch auf Einstellungsebene signifikant positiv mit einer Präferenz PRO-Erweiterung verknüpft. Ihre Resonanzbedingungen sind – bzw. waren zum Zeitpunkt der Befragung März 1998 – also gut. Hinsichtlich der Frage „authentischen“ Argumentierens ist dieses Ergebnis allerdings zu differenzieren, denn bei den Befragten des politischen Zentrums erweisen sich die Antworten zu „Anerkennung als Teil Europas“ als nicht signifikant<sup>29</sup> assoziiert. Für dieses Argument können also gute Resonanzbedingungen belegt werden, seine kognitive Relevanz als Handlungsgrund ist bei den Eliten des politischen Zentrums (Parlament, Verwaltung, Parteien etc.) aber eher zweifelhaft.

Zwei Konsequenzerwartungen stellen wichtige CONTRA-Argumente des Diskurses, und zwar eine drohende *Unregierbarkeit der EU* sowie die *deutschen Kosten* einer Erweiterung – nicht zuletzt im Hinblick einer „Nettozahler“-Rolle Deutschlands. Beide Argumente tauchen relativ häufig in der Debatte auf, dienen jedoch vor allem dazu, ihre Bedeutung dadurch abzuschwächen, indem sie vorweggenommen und in eine komplexe PRO-Argumentation eingearbeitet werden. So wird einerseits die Reformproblematik grundsätzlich anerkannt, aber als lösbar dargestellt, andererseits die Kostenproblematik einer Erweiterung thematisiert, aber entweder mit anderen – meist wirtschaftlichen – Gewinnen verrechnet oder schlicht als nachrangig abgewertet. Es korrespondiert daher mit den Beobachtungen auf Debattenebene zum einen, dass nur eine Minderheit der Befragten die Gefahr der Unregierbarkeit tatsächlich als wahrscheinlich wertet, obgleich die Kritik am Reformprozess zum Zeitpunkt der Befragung quasi immer präsent ist. Das gleiche gilt für die geringe Zustimmung, dass die Kosten „definitiv zu hoch sind“. Dass beide Variablen signifikant mit der Erweiterungspräferenz assoziiert sind, weist allerdings darauf hin, dass es sich hierbei keinesfalls um irrelevante Aspekte handelt, sondern um wesentliche Gründe jener Befragter, die tendenziell weniger Unterstützung für eine Osterweiterung zeigen.

Zwei weitere Fragen der Elitestudie formulieren CONTRA-Argumente, die allerdings in der Debatte so gar nicht auftauchen. Zum einen geht es um die drohenden *Kosten für Polen* als eine Gefahr für den Reformprozess, zum anderen um die sicherheitspolitisch bedenkliche Destabilisierung Russlands und *antidemokratischer Kräfte*. Auch hier

---

<sup>29</sup> Die gemessene Korrelation ist nicht nur aufgrund geringerer Fallzahlen inferenzstatistisch weniger wahrscheinlich, sondern auch von der Größe des geschätzten Parameters signifikant geringer.

korrespondiert auf der Ebene der Umfrageergebnisse die Verteilung der Antworten: nur eine kleine Minderheit erwartet die formulierten "Kosten" einer Erweiterung. Trotzdem erweisen sich beide Variablen als assoziiert. Kritiker hätten also möglicherweise einige – aber eben nicht viel – Zustimmung ernten können, hätten sie sich entsprechender Argumente öffentlich bedient.

Komplizierter stellt sich der Aspekt *politischen Einflusses* dar, den Deutschland mit einer Osterweiterung gewinnen könnte. Einfluss taucht in der öffentlichen Debatte auf, allerdings nur in dem Sinne, dass häufiger der Erhalt des „Ansehens Deutschlands“ in Mittel- und Osteuropa als Konsequenz bestimmter Handlungsoptionen angeführt wird. Machtpolitisch ist er augenscheinlich tabu, zumindest wird dieses Argument – im Gegensatz etwa zum wirtschaftspolitischen Pendant, dem "Export"-Argument – nicht gebraucht. Trotzdem stimmt dem entsprechenden Statement eine Mehrheit der Befragten zu. Dass diese Antworten jedoch nicht mit der geäußerten Erweiterungspräferenz zusammenhängen, ist instruktiv. Meines Erachtens zeigt sich, dass eine entsprechende Argumentation in der Öffentlichkeit nämlich genau mit einer entsprechenden Ambivalenz zu kämpfen hätte: ein Teil der Zuhörer mag Einfluss in Osteuropa als legitimes Ziel empfinden, andere als problematischen bzw. nicht-intendierten Effekt, den es eher zu verhindern oder zumindest zu verschweigen gilt. Die geteilte Resonanz zeigt, dass die Konsequenzerwartung zu keinem Zeitpunkt der Debatte als PRO-Argument getaugt hätte.<sup>30</sup>

Zwei weitere Konsequenzen gleichen sich bezüglich ihrer Verteilung, auch wenn sie einmal für und einmal gegen die Erweiterung in Anschlag gebracht werden: Beide erweisen sich in der Umfrage als bedeutsam sowohl hinsichtlich einer breiten Zustimmung, die sie erfahren, wie der Tatsache, dass sie mit der Erweiterungspräferenz insgesamt hoch korrelieren:

Im Falle des PRO-Arguments eines moralischen bzw. *kulturellen Beitrags*, den Polen in die EU einbringen könnte, handelt es sich um ein Argument, das zwar im polnischen Diskurs eine große Rolle spielt, das aber in der deutschen Öffentlichkeit quasi nie so formuliert wird und in den systematisch inhaltsanalytisch erschlossenen Texten gar nicht auftaucht. Dass es sich trotzdem als "überzeugend" erweist, liegt meines Erachtens daran, dass es an die Idee bzw. Identität eines "Europas als Wertegemeinschaft" unmittelbar anschließt und daher starke Resonanz erzeugt. Hier liegt meines Erachtens der – im Rahmen

---

<sup>30</sup> Sie taucht aber als marginalisiertes CONTRA-Argument auf – allerdings im Kontext der Debatte um eine NATO-Osterweiterung!

Tabelle 2: EU-Betritt – Vorteile für Deutschland und Polen

	Vordergrund (%Argum.)	im Hintergrund	
		verbreitet? (%Ja)	assoziiert? (bivar. r)
<i>Korrespondenz – verbreitete PRO-Argumente</i>			
Deutschland wird neue Märkte gewinnen.	wichtig (4)	82,3	,26**
Deutschland wird Sicherheit an seiner östlichen Grenze gewinnen.	wichtig (3)	61,4	,20**
Polen wird vollkommen als Teil Europas anerkannt werden.	wichtig (3)	86,4	,19**#
Polen wird Sicherheit vor russischer Einmischung gewinnen.	wichtig (2)	68,2	,11*
<i>Korrespondenz – integrierte CONTRA-Argumente</i>			
Für die bisherigen Mitglieder sind die Kosten zu hoch.	dominant (12)	28,2	-,40**
Eine größere EU wird unregierbar und zu einer weiteren Integration kaum noch fähig sein.	dominant (9)	15,7	-,43**
<i>Korrespondenz – marginalisierte CONTRA-Argumente</i>			
Für Polen sind die Kosten der Erweiterung zu hoch.	fehlt (0)	12,5	-,23**
Eine Erweiterung wird antidemokr. Kräfte in Russland stärken.	fehlt (0)	18,5	-,23**
<i>Korrespondenz(?) – marginalisiertes PRO-Argument</i>			
Deutschland wird politischen Einfluss in Osteuropa gewinnen.	fehlt (0)	59,4	n.s
<i>Differenz</i>			
Polen wird in Form moralischer und religiöser Werte zu Europa beitragen können.	fehlt (0)	43,1	,21**#
Die Öffnung der Grenze zwischen Deutschland und Polen wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschärfen.	negativ eher marginal aber positiv wichtig(2)	48,4	-,19**

Die fünfstufige Skala verlief von "definitiv nein" bis "definitiv ja", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "ja" zusammengefasst.

\*\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

# Subsample (Zentrum/Peripherie) weisen erhebliche Unterschiede auf (unkorreliert/korreliert).

dieser Analyse einzige – Fall eines argumentationslogisch "irrationalen" Defizits der Debatte vor: ein Argument, das möglich und argumentationslogisch sinnvoll wäre, aber eben von interessierten Sprechern noch nicht "entdeckt" wurde.<sup>31</sup>

Im Falle des CONTRA-Arguments negativer Folgen für den *deutschen Arbeitsmarkt* ist es keinesfalls so, dass das Argument nicht öffentlich virulent wäre. Im Gegenteil: es markiert einen wesentlichen Konflikt auf der Ebene politischer Programme (Übergangsre-

<sup>31</sup> Allerdings ist eine kognitive Assoziation nur in der Peripherie des politischen Zentrums tatsächlich signifikant, das ist jedoch für diese Interpretation unerheblich. Es könnte höchstens ergänzend die Ver-

gelingen bzgl. Freizügigkeit) und Ziele (Strukturwandel vs. Vermeidung von Sozialdumping). Ihm steht eine neoliberale Argumentation entgegen, die langfristige Gewinne für deutsche Arbeitnehmer durch eine Stärkung der deutschen Exportwirtschaft in Aussicht stellt. Mit Blick auf die öffentliche Debatte handelt es sich hier wiederum um ein in Grenzen marginalisiertes CONTRA-Argument, das durch die Betonung langfristiger Gewinne „für alle“ sozialen Gruppen in Deutschland delegitimiert werden soll. Instruktiv ist die deutliche Zustimmung in einer anonymisierten Umfrage insofern, weil sie dafür spricht, dass öffentlich die vorhandenen Bedenken vielfach verschwiegen werden. Trotzdem zeigt sich wiederum die Assoziation dieser Erwartung mit der Erweiterungspräferenz. Ein signifikanter Teil der Befragten variiert also hinsichtlich beider Einstellungen und zeigt an, dass das Arbeitsmarktargument vielfach im Hintergrund der Debatte eine Rolle spielt.

Was sagen diese Ergebnisse hinsichtlich der Authentizität der auffallend häufig formulierten „Verantwortung mit den Beitrittsgesellschaften“? Konzentriert man sich auf die Akteure des politischen Zentrum, ergeben sich in der Tat Hinweise auf Defizite der öffentlichen Debatte. Für keines der beiden auch öffentlich virulenten Argumente bezüglich der Anerkennung und Unabhängigkeit Polens kann die Analyse belegen, dass sie auch im kognitiven Hintergrund von vergleichbarer Bedeutung sind. Geht man davon aus, dass „Verantwortung“ die Berücksichtigung von Handlungskonsequenzen für den anderen voraussetzt, dann ist die fehlende Authentizität entsprechender Argumente zweifellos problematisch. Dennoch wäre es überzogen, insgesamt von einer rein deklaratorischen „Verantwortungsrhetorik“ zu sprechen. Zum einen sind andere Folgen für Polen wie Kosten und Unsicherheit doch assoziiert. Hier fehlt zwar eine Korrespondenz von Vorder- und Hintergrund, die Berücksichtigung solcher Konsequenzen weist gleichwohl auf „Verantwortung“ hin. Zum anderen wurde in der Peripherie die Relevanz weiterer Konsequenz-erwartungen empirisch bestätigt. Mögen somit auch einige der Sprecher des politischen Zentrums hier nur auf „cheap legitimacy“ setzen, so sind doch wesentliche Resonanzbedingungen für eine „Verantwortungsrhetorik“ in jenem peripheren Teil der Positionselite nachweisbar, der als Publikum einer „attentive public“ von Bedeutung ist.<sup>32</sup>

---

mutung formuliert werden, dass Sprecher des Zentrums auf ein solches Argument nicht kommen, weil es ihnen überwiegend selbst nicht plausibel sein mag.

<sup>32</sup> Ein Haken ist dabei allerdings der Tatbestand vielfach erkennbarer generischer Konsequenzrelationen, die einer Reihe von Paradigmen *europäischer, nachbarschaftlicher oder auch wirtschaftlicher Interdependenz* zugerechnet werden können. Untersucht man die komplexeren Argumentationen genauer, so tauchen an vielen Stellen Verknüpfungen mehrerer Konsequenzen auf, die vielfach einem prägnanten Muster folgen: „Die Erweiterung fördert den polnischen Wohlstand, dieser fördert die deutsche Sicher-

### 6.3. Soziale Identifikation als Ressource

Wie steht es mit der gegenseitigen Verbundenheit, als einer bereits alternativen Resonanzbedingung solidarischer Argumentationen, wenn man der Frage nach den „gemeinsamen Interessen“ nachgeht? Dass Verbundenheit tendenziell Unterstützung für eine Erweiterung fundieren kann, wurde bereits als These formuliert und empirisch bestätigt. Die gängige Vorstellung über die Wirkungen sozialpsychologischer Identifikationsprozesse geht jedoch weiter und spricht dafür, dass das Wohl anderer von einer moralischen Pflicht zum Teil eines kollektiv definierten Interesses wird, sofern das Selbstbild um eine soziale Komponente des „Wir“ erweitert wird, das diese anderen einschließt (Tajfel/Turner 1986, Hogg/Abrams 1988, Wildavsky 1994, Neumann 1996). Die politische Dimension solchermaßen auf „we-ness“ gründender „Interessengemeinschaft“ stand schon im Zentrum vieler Ideen Karl W. Deutschs, dem Ur-Vater konstruktivistischer Überlegungen über inter- und transnationale Beziehungen (Deutsch et al. 1957, 1968, Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 17-25, 150-162).

Ist eine solche Wirkung nachweisbar? Erhalten die Konsequenzen für die Beitrittsgeellschaften eine höhere Relevanz für die Befragten, wenn sie sich affektiv verbunden fühlen? Kann sie zusätzlich die These stützen, dass viele Begründungen, die sich auf Erwartungen von Prosperität, Stabilität, Anerkennung etc. für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften gründen, authentisch sind? Zum Test dieser These werden abschließend Kontrastgruppen mit unterschiedlich stark ausgeprägtem Verbundenheitsgefühl gebildet (Tabelle 3, nächste Seite). Liegen den Nutzenkalkulationen bei einem relevanten Teil der Befragten tatsächlich Identifikationsprozesse im Sinn einer gesteigerten Empathie für polnische Gewinne und Kosten zugrunde, sollte sich das darin zeigen, dass (a) Erwartungen hinsichtlich polnischer Gewinne (Kosten) stärker positiv (negativ) assoziiert sind mit der

---

heit wegen geringeren Migrationsdrucks' oder ‚die Erweiterung fördert die polnische Wirtschaft, das schafft Wohlstand, das schafft Märkte, diese helfen schließlich der deutschen Exportwirtschaft' etc. Es werden also vielfach „polnische Gewinne“ thematisiert, die gleichwohl explizit nicht als eigenständiger Grund formuliert werden, sondern vielmehr als notwendige Bedingungen „deutscher Interessen“. Um diese, einer ganzen Reihe von Argumentationen offenbar zugrundeliegenden Paradigmen als alternative Erklärung auszuschließen, ist es nötig, die Erwartungen „deutscher Interessen“ in einem multivariaten Modell zu kontrollieren. Geschieht dies, zeigt sich aber die gemessene Assoziation von „polnischen Interessen“ und Erweiterungspräferenzen bei den Befragten der Peripherie des politischen Zentrums stabil. Dies unterstreicht ihren Status als unabhängige Größe im möglicherweise verantwortungsethisch modifizierten Interessenkalkül dieses Teils der befragten Positionselite. Für die Befragten des politischen Zentrums gilt wiederum: die Erwartungen bezüglich Konsequenzen einer Erweiterung für Polen bleiben insgesamt insignifikant, lediglich die Frage zu hoher Kosten ist signifikant assoziiert.



Tabelle 3: Verbundenheit als intervenierende Variable (Kontrastgruppenvergleich)

Abhängige Variable: Wie stehen Sie persönlich zu einem polnischen EU-Beitritt?	Regressionskoeffizienten (stand.)	
	mit Polen überhaupt/eher nicht oder kaum verbunden	mit Polen stark oder sehr stark verbunden
Index "Positive Konsequenzen für Deutschland"	0,30** (0,21**)	0,11 (0,09)
Index "Negative Konsequenzen für Deutschland"	-0,60** (-0,39**)	-0,45** (-0,41**)
Index "Positive minus negative Konsequenzen für Polen"	0,25* (0,11*)	0,50** (0,27**)
Konstante	4,37**	4,52**
F	36,69**	12,48**
korrigiertes R <sup>2</sup>	0,25	0,28
N	315	88

\*\* auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

\* auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

*Gewichtete Indices: Die Konsequenzvariablen wurden – nach Konsequenzen für Polen und Deutschland getrennt – einer Faktoranalyse unterzogen. Während die vier Konsequenzvariablen bzgl. Polens Nutzen einer Erweiterung klar das Kriterium der Eindimensionalität erfüllen, wurden für die fünf Konsequenzvariablen bzgl. Deutschlands Nutzen einer Erweiterung zwei Faktoren extrahiert, und zwar jeweils hinsichtlich "positiver" bzw. "negativer" Konsequenzen. Die Faktorladungen wurden als Gewichte in die Berechnung der Summenindices einbezogen, ferner wurden die Variablen vor der Summierung z-standardisiert. Zum Vorgehen vgl. Bortz 1984: 82-87.*

Erweiterungspräferenz und (b) Erwartungen hinsichtlich deutscher Gewinne und Kosten geringer assoziiert sind oder zumindest in ihrer Assoziation konstant bleiben.

Solchermaßen operationalisiert lassen sich die erwarteten Effekte in der Tat nachweisen. Die geringe Identifikation ändert bereits die Resonanzbedingungen bestimmter Argumente systematisch, so lässt sich vermuten, sofern sie Konsequenzen für Polen bei einigen der Befragten zu *legitimen Gründen* von Erweiterungspräferenzen macht. Die gemessenen Effekte sind bei jenen mit starkem Verbundenheitsgefühl sogar dahingehend zu interpretieren, dass hier die Konsequenzen für Polen bereits in etwa genauso stark wiegen wie die Konsequenzen für Deutschland. Allerdings ist dies mehr von theoretischem denn politisch-praktischem Interesse, sofern die gemessenen Unterschiede zum einen insgesamt relativ gering bleiben. Zum anderen fühlt sich ein Großteil der Befragten wie gesagt eben gerade nicht mit Polen verbunden, so dass sozialpsychologische Identifikation also keinesfalls die wesentliche Quelle oder Resonanzbedingung jenes Teils der Debatte sein dürften, der die Folgen einer Erweiterung für die Beitrittskandidaten thematisiert.

## 7. Fazit

Die Analyse folgte der Frage, inwieweit wesentliche Argumente des sprachlichen „Vordergrundes“ der deutschen Erweiterungsdebatte, das analytische wie normative Hintergrundwissen von Sprechern und Publikum tatsächlich reflektieren – mit Blick auf mögliche manipulative Verkürzungen bei den Sprechern bzw. eines Scheinkonsenses insgesamt. Die Ergebnisse korrespondieren insofern, als bei nur wenigen der diskutierten Normen und Konsequenzen wesentliche Differenzen von sprachlichem Vordergrund und Hintergrund zu konstatieren sind. Damit ergibt sich für den betrachteten Gegenstandsbereich zum einen das Bild eines überwiegend „repräsentativen Konsenses“ – wenn man diesen Begriff dem des „Scheinkonsenses“ entgegenstellen will. Auch wenn dies strenggenommen noch keine sicheren Aussagen über den Charakter individueller Kommunikation in diesem Zusammenhang erlaubt, so sprechen die Ergebnisse grundsätzlich für die subjektive Gültigkeit wesentlicher normativer und konsequenzialistischer Argumentationsmuster, sofern im kognitiven Hintergrund meist positive Resonanzbedingungen zu beobachten waren.

Dies gesagt, gibt es allerdings zum anderen auch deutliche Hinweise auf „strategische Kommunikation“ als einen Versuch, die tatsächlichen Gründe für die eigene politische Position zu verbergen bzw. andere Gründe rhetorisch zu instrumentalisieren. So fällt im Hinblick auf Konsequenzen der Osterweiterung für den deutschen Arbeitsmarkt ins Auge, dass die befragte Positionselite deutlich mehr Probleme erwartet, als dies im öffentlichen Raum diskutiert wird. Darüber hinaus erscheinen auch die Konsequenzen für die Beitrittskandidaten nur bedingt authentische Gründe der Debatte darzustellen, sofern ihnen zwar bei den Eliten der Peripherie, nicht aber bei denen des politischen Systems jener kognitive Stellenwert zuzukommen scheint, der ihrer Bedeutung in der öffentlichen Debatte entsprechen würde. So zeigt also die Analyse von Normen und Konsequenzerwartungen, dass der Anspruch von „Verantwortung gegenüber den Beitrittskandidaten“, wie er die öffentliche Debatte vielfach auszeichnet, im kognitiven Hintergrund nicht vollständig nachvollzogen werden kann: Zwar werden die normativen Interpretationen von meist historisch bedingtem Sollen weitgehend geteilt. Jedoch fehlen einem „Prinzip Verantwortung“ als einer Pflicht, die Interessen des anderen tatsächlich zu fokussieren, gerade im politischen Zent-

rum die kognitiven Fundamente. Entsprechende Argumentationen erscheinen entsprechend – zumindest in der Summe – eher rhetorisch bedingt.

Von theoretischem Interesse sind diese Ergebnisse in mindestens zweierlei Hinsicht. Erstens erweist sich die Kombination inhalts- und einstellungsanalytischer Verfahren methodisch als fruchtbar – zumindest sofern man nicht den metatheoretisch unvermittelbaren Varianten folgt, sondern sich in Bereichen pragmatischer, hermeneutischer bzw. soziolinguistischer Ansätze bewegt. Allerdings können Umfragen nur zu dem Grad die Lücken einer reinen Textanalyse öffentlicher Debattenbeiträge füllen, zu dem sie ihre Befragten aus einem theoretisch relevanten Publikum bzw. Kreis von Sprechern rekrutieren. Die gewählte Elitestudie hat mit ihrem Konzept der „Positionselite“ zwar Vorteile gegenüber einfachen Bevölkerungsumfragen, aber ist eben dennoch nur bedingt geeignet. Gleichwohl waren Differenzen zwischen Vorder- und Hintergrund der Debatte zu identifizieren, die einer reinen Textanalyse entgangen wären. Schließlich hat sich zweitens auch gezeigt, dass Außenpolitikanalyse – einmal mehr aber mit einer anderen Methode – gerade in Form einer Einstellungsanalyse die empirische Relevanz bestimmter Momente von Außenpolitik plausibilisieren kann, die einer klassisch rationalistischen bzw. realistischen Interessenanalyse zwangsläufig entgehen. Nicht nur Normen und Narrative haben sich als erklärungskräftig erwiesen, sondern auch soziale Identifikation über nationale Grenzen hinweg. Eine „transnationale“ Verbundenheit erhöht die Relevanz der Konsequenzen für den anderen, sie verändert das Kalkül eines Teils der Gesellschaft in einem kooperativen Sinn und integriert sie – zumindest partiell – als „Interessengemeinschaft“.

## 8. Literatur

- Adler, E. (1997): Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics. In: *European Journal of International Relations*, 3(3), S. 319-363.
- Adler, E. und M.N. Barnett (Hrsg.) (1998): *Security Communities*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Ajzen, I. (1988): *Attitudes, personality, and behavior*. Milton Keynes: Open University Press.
- Allison, G.T. (1971): Conceptual Models and the Cuban Missile Crisis. In: W. F. Hanrieder (Hrsg.): *Comparative Foreign Policy. Theoretical Essays*. New York: David McKay Company INC., S. 322-384.
- Axelrod, R. (Hrsg.) (1976): *Structure of Decision*. Princeton: Princeton University Press.
- Baumann, R. (2002): *The Transformation of German Multilateralism. Changes in the Foreign-Policy Discourse since Unification*. Paper Prepared for Presentation at the 43rd Annual Convention of the International Studies Association in New Orleans, LA, 23 - 27 March 2002.
- Bennett, W.L. (1997): Cracking the News Code. In: S. Iyengar und R. Reeves (Hrsg.): *Do the media govern. Politicians, voters and reporters in America*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 103-117.
- Bienen, D., C. Freund und V. Rittberger (1999): *Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus*. Tübingen.
- Bierhoff, H.W. und R. Klein (1992): Prosoziales Verhalten. In: W. Stroebe et al (Hrsg.): *Sozialpsychologie. Eine Einführung*. Berlin: Springer, S. 258-274.
- Billig, M. (1987): *Arguing and Thinking. A Rhetorical Approach to Social Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (1991): *Ideology and Opinion*. London: Sage.
- Bloom, W. (1990): *Personal Identity, National Identity and International Relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Boekle, H., V. Rittberger und W. Wagner (1999): *Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie: Arbeitspapier Nr. 34 der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen*.
- Bohman, J. (1996): *Public Deliberation: Pluralism, Complexity, and Democracy*. Cambridge, Mass.: MIT.
- Bortz, J. (1984): *Lehrbuch der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Springer.
- Brand, K.-W., K. Eder und A. Pöferl (1997): *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bürklin, W., H. Rebensdorf und u.a. (Hrsg.) (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, D. (1996): Violent Performances: Identity, Sovereignty, Responsibility. In: Y. Lapid und F. Kratochwil (Hrsg.): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*. Boulder: Lynne Rienner, S. 163-80.

- Campbell, J.L. (1998): Institutional analysis and the role of ideas in political economy. In: *Theory and Society*, 27, S. 377-409.
- Checkel, J.T. (2001): Why Comply? Social Learning and European Identity Change. In: *International Organization*, 55(3), S. 553-588.
- Deutsch, K.W. (1967): *Arms Control and the Atlantic Alliance: Europe Faces Coming Policy Decisions*. N.Y.: John Wiley & Sons.
- (1968): *Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung*. Frankfurt / Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Deutsch, K.W., S.A. Burrell, R.A. Kann, M. Lee Jr., M. Lichtermann, R.E. Lindgren, F.L. Loewenheim und R.W. Van Wagenen (1957): *Political Community and the North Atlantic Area*. New York: Greenwood Press.
- Deutsch, K.W. und L.J. Edinger (1973): *Germany Rejoins the Power*. New York: Octagon.
- Deutsch, K.W., L.J. Edinger, R.C. Macridis und R.L. Merritt (1971): *France, Germany and the Western Alliance: A Study on Elite Attitudes on European Integration and World Politics*. New York: Charles Scribner's Sons.
- Diez, T. (1999a): *Die EU lesen: Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte*. Opladen: Leske + Budrich.
- (1999b): Speaking 'Europe': the politics of integration discourse. In: *Journal of European Public Policy*, 6(4), S. 598-613.
- Druckman, D. (1994): Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective. In: *Mershon International Studies Review*, 38, S. 43-68.
- Duffield, J.S. (1999): Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism. In: *International Organization*, 53(4), S. 765-803.
- Eberwein, W.-D. und M. Ecker-Ehrhardt (2001): *Deutschland und Polen: eine Werte und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ecker, M. (1998): *Die "deutsch-polnische Elitestudie". Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe*. WZB discussion paper P 98-305. Berlin: WZB.
- Ecker-Ehrhardt, M. (2001): Die deutsch-polnischen Beziehungen auf Elitenebene: Interessen, Werte, Gemeinschaftssinn. In: W.-D. Eberwein und B. Kerski (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?* Opladen: Leske + Budrich, S. 149-178.
- Edwards, D. und J. Potter (1992): *Discursive Psychology*. London: Sage.
- Elster, J. (1998): Introduction. In: J. Elster (Hrsg.): *Deliberative Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Etheredge, L.S. (1985): *Can Governments Learn? American Foreign Policy and Central American Revolutions*. New York, Oxford, Toronto, Sydney, Frankfurt: Pergamon Press.
- Fierke, K.M. und A. Wiener (1999): Constructing institutional interests: EU and NATO enlargement. In: *Journal of European Public Policy*, 6(5), S. 721-42.
- Finnemore, M. und K. Sicking (1998): International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization*, 52(4), S. 887-917.

- Fowler, F.J.J. (1993): *Survey Research Methods*. 2. Newbury Park, London, New Dehli: Sage.
- Friis, L. (1998): EU Enlargement and the Luxembourg Summit: a Case Study in Agenda Setting. In: A. Wivel (Hrsg.): *Explaining European Integration*. Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, S. 56-78.
- Gamson, W.A. und A. Modigliani (1989): Media discourse and public opinion on nuclear power: a constructionist approach. In: *American Journal of Sociology*, 95, S. 1-38.
- George, A. (1969): The 'Operational Code'. In: *ISQ*, 13, S. 190-222.
- Gerhards, J., F. Neidhardt und D. Rucht (1998): *Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen und öffentlichen Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Goldstein, J. und R.O. Keohane (1993): Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework. In: J. Goldstein und R. O. Keohane (Hrsg.): *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca, London: Cornell University Press, S. 3-30.
- Habermas, J. (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Darmstadt: Hermann Luchterhand Verlag.
- (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch.
- (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hagan, J.D. (1995): Domestic Political Explanations in the Analysis of Foreign Policy. In: L. Neack et al (Hrsg.): *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation*. Englewood Cliff, New Jersey: Prentice Hall, S. 117-166.
- Hajer, M.A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Clarendon.
- Halperin, M.H. (1974): *Bureaucratic Politics and Foreign Policy*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Hasenclever, A. (2001): *Die Macht der Moral in der internationalen Politik*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Held, D. (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Hellmann, G. (1996): Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany. In: *Mershon International Studies Review*, 40(supplement 1), S. 1-40.
- (1999): *Weltpolitik or Self-Containment? Germany ' Global Ambitions*. Krefeld Historical Symposium "Visions of the Future in Germany and America", Krefeld.
- (2000): *Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik*. Vorgelegt auf dem 21. Wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000.
- Höffe, O. (1993): *Moral als Preis der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Hoffmann-Lange, U. (1990): Eliten in der modernen Demokratie. Fragestellungen, theoretische Ansätze und Ergebnisse der Eliteforschung. In: L. f. p. B. Baden-Württemberg (Hrsg.): *Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart / Berlin / Köln: Kohlhammer, S. 11-27.
- (1992): *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hogg, M.A. und D. Abrams (1988): *Social Identifications. A Social Psychology of Intergroup Relations and Group Processes*. London: Routledge.
- Holsti, O. (1976): Foreign Policy Formation Viewed Cognitively. In: R. Axelrod (Hrsg.): *Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites*. Princeton: Princeton University Press, S. 18-54.
- Holsti, O.R. und J.N. Rosenau (1984): *American Leadership in World Affairs. Vietnam and the breakdown of consensus*. Boston: Allen & Unwin.
- Hyde-Price, A. (2000): *Germany and European Order. Enlarging NATO and the EU*. Manchester: Manchester University Press.
- Inglehart, R. (1971): Public Opinion and Regional Integration. In: L. N. Lindberg und S. A. Scheingold (Hrsg.): *Public Opinion and Regional Integration*. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 160-191.
- Jachtenfuchs, M. (1995): Ideen und internationale Beziehungen. In: *ZIB*, 2(2), S. 417-442.
- Jacobsen, J.K. (1995): Much Ado About Ideas. The Cognitive Factor in Economic Policy. In: *World Politics*, 47, S. 283-310.
- Jonas (1979): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Insel.
- Kaiser, K. (1996): Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat - Vorschläge zur Re-Demokratisierung. In: W. Weidenfeld (Hrsg.): *Demokratie am Wendepunkt*. Berlin: Siedler, S. 311-328.
- Katzenstein, P.J. (1996): Introduction: Alternative Perspective on National Security. In: P. J. Katzenstein (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, S. 1-32.
- Keller, R. (1997): Diskursanalyse. In: R. Hitzler und A. Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen, Leske + Budrich, S. 309-334.
- (1998): *Zum methodischen Vorgehen bei der Diskursanalyse am Beispiel der Umweltpolitik*. Zweite Arbeitstagung "Diskursanalysen und politisches Lernen" der Ad-hoc-Gruppe "Politik und Kognition" der DVPW vom 30.10. bis 1.11.1998 in Hamburg.
- Kempf, W. (Hrsg.) (1994): *"Manipulierte Wirklichkeit" - Medienpsychologische Untersuchung der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg*. Münster, Hamburg: LIT.
- Kernell, S. (1997): Going Public. In: S. Iyengar und R. Reeves (Hrsg.): *Do the media govern. Politicians, voters and reporters in America*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Krahmann, E. (2000): *Multilevel Networks in British and German Foreign Policy, 1990-1995*. Dissertation am LSE. London.
- Krause, J. und L. Wilker (1978): Bürokratie und Außenpolitik. In: H. Haftendorn et al (Hrsg.): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*. Köln: Wissenschaft und Politik, S. 39-53.

- Kriesi (2001): *Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess*: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: discussion paper P 01-701.
- Krueger, J. (1996): Personal Beliefs and Cultural Stereotypes About Racial Characteristics. In: *JPSP*, 71(3), S. 536-548.
- Kuhlmann, C. (1999): *Die öffentliche Begründung politischen Handelns*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kuklinski, J.H., R.C. Luskin und J.M. Bolland (1991): Where is the Schema? Going Beyond the "S" Word in Political Psychology. In: *American Political Science Review*, 85(4), S. 1341-55.
- Kunczik, M. (1990): *Die manipulierte Meinung: Nationale Image-Politik und internationale Public Relations*. Köln Wien: Böhlau.
- Laclau, E. und C. Mouffe (1985): *Hegemony and Socialist Strategy*. London: Verso.
- Laffay, M. und J. Weldes (1997): Beyond Belief: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations. In: *European Journal of International Relations*, 3(2), S. 193-237.
- Larsen (1997): *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*. London.
- Luhmann, N. (1988): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. 2. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Luskin, R.C. (1987): Measuring Political Sophistication. In: *AJPS*, 31, S. 856-899.
- Machatzke, J. (1997): Die Potsdamer Elitestudie - Positionsauswahl und Ausschöpfung. In: W. Bürklin und H. Rebensdorf (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich, S. 35-68.
- Maier, M.L. (1998): *Programme, Kognitionen, Diskurse: Drei Aspekte von Ideen in der Politikforschung*. Zweite Arbeitstagung der Ad-hoc-Gruppe "Politik und Kognition" in der DVPW, Hamburg.
- Manheim, J.B. (1997): "Going Less Public". In: S. Iyengar und R. Reeves (Hrsg.): *Do the media govern. Politicians, voters and reporters in America*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 379-390.
- March, J.G. und J.P. Olsen (1989): *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- (1998): The Institutional Dynamics of International Political Orders. In: *International Organization*, 52(4), S. 943-969.
- Mayhew, A. (2000): *Enlargement of the European Union: An analysis of the Negotiations with the Central and Eastern European Candidate Countries*. SEI Working Paper 39, Falmer: Sussex European Institute, University of Sussex.
- Mayring, P. (1993): *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Mildenberger, M. (2001): Funktioniert die "Interessengemeinschaft"? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen. In: W.-D. Eberwein und B. Kerski (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?* Opladen: Leske + Budrich, S. 113-147.



- Montada, L., C. Dalbert, B. Reichle und M. Schmitt (1986): Urteile über Gerechtigkeit, "existentielle Schuld" und Strategien der Schuldabwehr. In: F. Oseret al (Hrsg.): *Moralische Zugänge zum Menschen - Zugänge zum moralischen Urteilen*. München: Kindt, S. 205-225.
- Müller, G.F. und H.W. Crott (1978): Gerechtigkeit in sozialen Beziehungen: Die Equity-Theorie. In: D. Frey (Hrsg.): *Kognitive Theorien der Sozialpsychologie*. Bern: Huber, S. 218-242.
- Müller, H. (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien. In: *ZIB*, 1(2), S. 15-44.
- Münch, R. (1998): Dauerhafte Suche nach Konsens. Außenpolitik wird zur Verhandlungsdemokratie. In: *Internationale Politik*, 12(98), S. 13-20.
- Neidhardt, F. (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: F. Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. Sonderheft 24 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-41.
- Neumann, I.B. (1996): Self and Other in International Relations. In: *European Journal of International Relations*, 2(2), S. 139-174.
- Niedermayer, O. und R. Sinnott (Hrsg.) (1995): *Public Opinion and Internationalized Governance*. Beliefs in Government. Oxford: Oxford University Press.
- Nullmeier, F. und F.W. Rüb (1993): *Die Transformation der Sozialpolitik: vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat*. Frankfurt, New York: Campus.
- Peters, Bernhard. (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Peters, Birgit. (1994): "Öffentlichkeitselite" - Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz. In: F. Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. Sonderheft 24 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 191-213.
- Putnam (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. In: *International Organization*, 42, S. 427-69.
- Rattinger, H. (1996): Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik. Ein Kausalmodell. In: *ZIB*, 3(1), S. 45-78.
- Rawls, J. (1993): *Political Liberalism*. 1996. New York: Columbia University Press.
- Rieger, G. (1998): Solidarität. In: D. Nohlen et al (Hrsg.): *Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe*. Frankfurt a.M.: Büchergilde Gutenberg, S. 586.
- Risse, T. (2000): "Let's Argue": Communicative Action in World Politics. In: *International Organization*, 54(1), S. 1-39.
- Risse, T. und C. Ulbert (2001): *Arguing and Persuasion in Multilateral Negotiations: Theoretical Approach and Research Design*. Paper presented at the 4th Pan European International Relations Conference, University of Kent, Canterbury, September 7-10, 2001.
- Risse-Kappen, T. (1991): Anti-Nuclear and Pro-Detente? The Transformation of the West German Security Debate. In: H. Rattinger und D. Munton (Hrsg.): *Debating National Security: The Public Dimension*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 239-268.

- Ruggie, J.G. (1993): Introduction. In: J. G. Ruggie (Hrsg.): *Multilateralism matters. The theory and praxis of an institutional form*. New York: Columbia University Press.
- Scheufele, D.A. und P. Moy (2000): Twenty-Five Years of the Spiral of Silence: A Conceptual Review and Empirical Outlook. In: *International Journal of Public Opinion Research*, 12(1), S. 3-28.
- Schimmelfennig, F. (2001): The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. In: *International Organization*, 55(1), S. 47-80.
- Sedelmeier, U. (2000): Eastern Enlargement: Risk, Rationality, and Role-Compliance. In: M. G. Cowles und M. Smith (Hrsg.): *The State of the European Union. Risks, Reform, Resistance, and Revival*. Oxford: Oxford University Press, S. 164-185.
- Sedelmeier, U. und H. Wallace (2000): Eastern Enlargement. Strategy or Second Thoughts? In: H. Wallace und W. Wallace (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*. Oxford: Oxford University Press, S. 428-455.
- Shapiro, M.J., M.G. Bonham und D. Heradsveit (1988): A Discourse Practices Approach to Collective Decision Making. In: *International Studies Quarterly*, 32(2), S. 397-420.
- Sniderman, P.M., R.A. Brody, P.E. Tetlock und e. al. (Hrsg.) (1991): *Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Snow, D.A. und R.D. Benford (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: B. Klandermans et al (Hrsg.): *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, N.Y.: JAI Press, S. 197-219.
- Strauss, A. und J.H. Corbin (1996): *Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Tajfel, H. und J.C. Turner (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: S. Worchel und W. G. Austin (Hrsg.): *Psychology of Intergroup Relations*. Chicago: Nelson-Hall, S. 7-24.
- Torring, J. (1999): *New Theories of Discourse*. Oxford: Blackwell.
- Toulmin, S.E. (1996): *Der Gebrauch von Argumenten*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Athenäum.
- van Dijk, T.A. (1977): *Text and Context: Explorations in the semantics and pragmatics of discourse*. London: Longman.
- (1988): *News as Discourse*. Hillsdale, N. J.: Lawrence Erlbaum.
- (1993): *Elite Discourse and Racism*. Newbury Park: Sage.
- (1997): The Study of Discourse. In: T. A. van Dijk (Hrsg.): *Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction, Volume 1: Discourse as Structure and Process*. London: Sage, 1, S. 1-34.
- van Dijk, T.A. und W. Kintsch (1983): *Strategies of Discourse Comprehension*. New York: Academic Press.
- Vowe, G. (1994): Politische Kognition. Umrisse eines kognitionsorientierten Ansatzes für die Analyse politischen Handelns. In: *PVS*, 35(3), S. 423-447.

- Waeber, O. (1994): Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis. In: W. Carlsnaes und S. Smith (Hrsg.): *European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe*. London: Sage, S. 239-263.
- (1998): Explaining Europe by Decoding Discourses. In: A. Wivel (Hrsg.): *Explaining European Integration*. Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, S. 100-146.
- Weber, M. (1999): *Gesammelte Politische Schriften*. Institut für Pädagogik der Universität Potsdam. Potsdam.
- Weingast, B.R. (1995): A Rational Choice Perspective on the Role of Ideas: Shared Belief Systems and State Sovereignty in International Cooperation. In: *Politics & Society*, 23(4), S. 449-464.
- Weldes, J. (1996): Constructing National Interests. In: *European Journal of International Relations*, 2(3), S. 275-318.
- Weller, C. (1997): *Collective Identities in World Society. Some Theoretical and Conceptual Considerations*. Darmstadt, Frankfurt /Main: Technische Hochschule Darmstadt, J. W. Goethe Universität Frankfurt.
- Wendt, A. (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wildavsky, A. (1994): Why self-interest means less outside of a social context. Cultural contributions to a theory of rational choice. In: *Journal of Theoretical Politics*, 6(2), S. 131-59.
- Wittkämper, G.W., J. Bellers und fdfsdfs (1992): Pressewirkung auf außenpolitische Entscheidungsprozesse - Methodologische Probleme der Analyse. In: G. W. Wittkämper (Hrsg.): *Medien und Politik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 150-168.
- Yee, A.S. (1996): The causal effects of ideas on policies. In: *International Organisation*, 50(1), S. 69-108.
- Zürn, M. (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

# Arbeitsgruppe Internationale Politik

## Discussion Papers

1997

P 97-301  
Wolf-Dieter Eberwein  
**Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral**

P 97-302  
Yasemin Topçu  
**Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland**

P 97-303  
Wolf-Dieter Eberwein  
**Umwelt – Sicherheit – Konflikt  
Eine theoretische Analyse**

P 97 – 304  
Peter Brecke  
**Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators**

1998

P 98 – 301  
Wolf-Dieter Eberwein  
**Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen**

P 98 –302  
Wolf-Dieter Eberwein  
Sven Chojnacki  
**Disasters and Violence 1946 – 1997. The link between the natural and the social environment**

P 98 – 303  
Catherine Götze  
**Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen**

P 98 – 304  
Ortwin Renn und Andreas Klinke  
**Risikoevaluierung von Katastrophen**

P 98 – 305  
Matthias Ecker  
**Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“: Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe**

# Arbeitsgruppe Internationale Politik

## Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

**Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990**

P 99-306

Nikola Gillhoff

**Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?**

P 99-302

Yasemin Topçu

**Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field**

P 99-307

Matthias Ecker

**‚Political Boundary Making‘ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning**

P 99-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design**

P 99-304

Catherine Götze

**Von der humanitären zur Entwicklungshilfe  
Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes**

P 99-305

Uta Bronner

**Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung**

# Arbeitsgruppe Internationale Politik

## Discussion Papers

2000

P 00-301

Sven Chojnacki

Wolf-Dieter Eberwein

**Die Kultur der Prävention:  
Ein Ansatz zur Zivilisierung  
internationaler Politik?**

P 00-302

Peter Brecke

**Risk Assessment Models and  
Early Warning Systems**

P 00-303

Tørris Jæger

**Die Schutzfunktion humanitärer  
Hilfe**

P 00-304

Michael Schloms

**Divide et impera –  
Totalitärer Staat und humanitäre  
Hilfe in Nordkorea**

P 00-305

Sarah Reichel

**Transnational Administrations  
in former Yugoslavia:  
A repetition of failures or a  
necessary learning process toward  
a universal peace-building tool  
after ethno-political war?**

P 00-306

Francois Jean

**Tschetschenien – Moskaus Rache**

# Arbeitsgruppe Internationale Politik

## Discussion Papers

2001

P 01-301

Matthias Ecker-Ehrhardt

**Werte, Identität,  
Gemeinschaftssinn?  
Ergebnisse der „Deutsch-  
Polnischen Elitestudie“**

P 01-306

Michael Schloms

**Humanitarianism and Peace.  
On the (im-)possible inclusion of hu-  
manitarian assistance into peace-  
building efforts**

P 01-302

Wolf-Dieter Eberwein

**Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge  
und Konfliktbearbeitung**

P 01-307

Wolf-Dieter Eberwein

**Realism or Idealism, or both?  
Security Policy and Humanitarianism**

P 01-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Stürmische Zeiten? Umwelt,  
Sicherheit und Konflikt**

P 01-308

Sven Chojnacki

**The times they are a-changin':  
prevention and humanitarianism**

P 01-304

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Scientific Necessity and Political  
Utility – A Comparison of Data on  
Violent Conflicts**

P 01-305

Wolf-Dieter Eberwein/Basil Kerski (Hrsg.)

**Deutsch-polnische Beziehungen zehn  
Jahre nach der Unterzeichnung des  
Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte-  
und Interessengemeinschaft?**

# Arbeitsgruppe Internationale Politik

## Discussion Papers

2002

P 02-301

Sébastien Chartrand

**Politics of Swedish Humanitarian  
Organizations: Exporting the  
Welfare State?**

P 02-302

Yasemin Block

**Whoever Pays the Piper Calls the  
Tune: Gleichklang oder Polyphonie?  
Humanitäre Konzeptionen und die  
Bandbreite humanitärer Hilfe der  
Geberländer**

P 02-303

Matthias Ecker-Ehrhardt

**Die deutsche Debatte um die EU-  
Osterweiterung – Ein Vergleich ihres  
ideellen Vorder- und Hintergrundes**



**Bestellschein**

Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung  
Presse- und Informationsreferat  
Reichpietschufer 50  
D - 10785 Berlin

Absender: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB:  
Please send me the following WZB-Papers:

Paper-Nr.:	Autor:

**Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten**

Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine 1 DM-Briefmarke pro paper als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem Ausland werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von papers per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahmen unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

**Stamps for papers**

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are asked to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

Because of this, it is no longer possible to order papers over the phone or by telefax. Please send your orders only by letter to the WZB-Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

